

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

07 25

Séance du conseil communal du 25.09.2025

DE

Gemeinderatssitzung
vom 25. September 2025

P04

FR

Séance du conseil communal
du 25 septembre 2025

P17

EN

Municipal Council meeting
of 25 September 2025

P28



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 25. September 2025

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 12.06.2025 und vom 10.07.2025.
2. Verkehr und Mobilität:
 - a) Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements
 - b) Genehmigung des Nachtrags Nr. 22 zum Allgemeinen Verkehrsreglement
3. Genehmigung des Revisionsberichts für das Centre Riedgen für das Jahr 2022.
4. Beschluss bezüglich einer punktuellen Änderung des Haushaltsplans für das Jahr 2025.
5. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.
6. Beschluss über eine Ermächtigung zur Klageerhebung.
7. Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an einen lokalen Verein.
8. Annahme eines Mietvertrags.
9. Ernennungen für die lokalen Beratenden Kommissionen.
10. Urbanismus:
 - a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts
 - b) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Parzellierung
 - c) Beschluss über die Aufhebung einer Parzellierung
 - d) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Arlon-Kiem“ (vereinfachtes Verfahren)
 - e) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Pescher IV“ (vereinfachtes Verfahren)
 - f) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Schoenacht“ (vereinfachtes Verfahren)
 - g) Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsprojekts des Teilbebauungsplans PAP „Sonore“
 - h) Genehmigung der punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG) und des Teilbebauungsplans PAP QE „Kiem“
11. Personalangelegenheiten:

- a) Schaffung einer Stelle für einen Angestellten mit intellektuellen Aufgaben
- b) Schaffung einer Stelle für einen Gemeindebeamten
- c) Beschluss über die Beförderung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
- d) Beschluss über die Beförderung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
12. Verschiedenes.

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffin ; Marc Fischer (DP); Jean Claude Roob (LSAP), Mitglieder des Gemeinderates.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist auf die entschuldigten Abwesenheiten hin. Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) überträgt ihre Stimmrechtsvertretung an die Schöffin Anne Arend (CSV), der Gemeinderat Marc Fischer (DP) überträgt seine Stimmrechtsvertretung an die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) und der Gemeinderat Jean Claude Roob (LSAP) beauftragt die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) mit seiner Vertretung.

1. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 12.06.2025 und vom 10.07.2025.

Die Protokolle der Sitzungen vom 12. Juni und 10. Juli 2025 werden einstimmig genehmigt.

2. Verkehr und Mobilität:

a) Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt die zeitlich befristeten Verkehrsreglements vor. Diese werden einstimmig angenommen.

b) Genehmigung des Nachtrags Nr. 22 zum Allgemeinen Verkehrsreglement

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) präzisiert, dass es bei diesem Punkt um die Rue des Thermes geht, die unterhalb des Schwimmbads liegt. Da die Zufahrt zum neuen Fußballplatz umgestaltet wurde, müssen die Verkehrs- und Parkregelungen in diesem Bereich angepasst werden, insbesondere um „wildes Parken“ zu vermeiden und die Sicherheit in dieser Zone zu gewährleisten.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um nähere Angaben zur Parkraumbewirtschaftung im Umfeld des Fußballplatzes. Sie äußert ihre Bedenken dahingehend, ob das Parkplatzangebot ausreichend ist, insbesondere wenn Spiele oder Trainings der jungen Spieler stattfinden. Sie weist auch darauf hin, dass einige Autofahrer diese Parkplätze als Ausweichparkplätze nutzen könnten für einen Besuch in „Les Thermes“, wenn der Parkplatz des Schwimmbads voll ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass langfristig etwa 25 Parkplätze direkt am Fußballplatz für den Fußball reserviert sind, dass aber in der Nähe ein großer öffentlicher Parkplatz mit 60 Stellplätzen für Eltern und Besucher vorgesehen ist. Er erläutert, dass für die Tage, an denen Spiele stattfinden, zusammen mit den Einladungen ein Parkplatzplan verteilt wird, auf dem auch die Schulparkplätze angegeben sind, die über einen kurzen Fußweg erreichbar sind. Seiner Meinung nach übersteigt das derzeitige Angebot bereits jetzt das heute rund um den bestehenden Fußballplatz verfügbare Angebot, insbesondere in der Rue Feyder.

Der Bürgermeister ist sich der Tatsache bewusst, dass Pendler oder Kunden der Thermes diese Parkplätze unerlaubt nutzen könnten und erwähnt, dass entsprechende Gegenmaßnahmen geprüft werden, wie

z. B. das Aufstellen einer Parkuhr durch die Gemeinde, um eine Art Abschreckung durch Gebühren zu schaffen. Eine Schranke wird nicht in Betracht gezogen, da diese dem internen Zugang zum Fußballplatz vorbehalten ist.

Der Punkt wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Revisionsberichts für das Centre Riedgen für das Jahr 2022.

Was den von einer neuen Treuhandgesellschaft erstellten Revisionsbericht für das Centre Riedgen für das Geschäftsjahr 2022 angeht, zeigt sich Bürgermeister Nico Pundel (CSV) zufrieden mit der Form des Dokuments und lobt dessen klare, transparente und gut strukturierte Darstellung. Er geht ausführlich auf das Defizit in Höhe von 516.000 Euro ein, wovon 219.000 Euro auf die Verpflegung (einschließlich Essenslieferung und Betreuung) entfallen und 297.605 Euro auf die Verwaltung der Wohnungen. Von Interesse sind insbesondere die Daten zu den monatlichen Kosten pro Wohnung je nach Fläche, die es dem Schöffenkolegium ermöglichen werden, die Kostenentwicklung für die Jahre 2023 und 2024 abzuschätzen.

Der Bürgermeister erwähnt eine ins Auge zu fassende Tarifierungsanpassung, bei der die Mieten für die derzeitigen Bewohner stabil bleiben, für Neuzugänge jedoch ein höherer Tarif gilt, um die wachsende Differenz zwischen Kosten und Einnahmen zu begrenzen. Anschließend geht er auf den Bau eines neuen CIPA ein. Das Vorhaben ist nun fertiggestellt und die Gemeinde wartet derzeit auf die Rückmeldung des Ministeriums, um zu erfahren, wie hoch die Zuschüsse sein werden. Außerdem ist ein Treffen mit der neuen Mehrheit in Bartringen geplant, um eine mögliche Zusammenarbeit bei deren CIPA-Projekt auszuloten. Der Bürgermeister gibt jedoch zu verstehen, dass er einer eigenständigen Lösung für Strassen den Vorzug geben würde, bei welcher die lokalen Gegebenheiten bessere Berücksichtigung finden.

Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) bedankt sich für die Berücksichtigung des Vorschlags, den er zusammen mit seinem Kollegen Marc Fischer unterbreitet hat und der eine Anhebung der Mieten vorsieht. Er verweist darauf, dass die Ausgaben stark gestiegen sind, während die Einnahmen stagnieren und dass dieser

Trend mittelfristig ganz eindeutig nicht mehr tragbar ist und dass unbedingt Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen ergriffen werden müssen, wenn die Kosten nicht gesenkt werden können. Er bittet außerdem um genauere Angaben zur Laufzeit des Vertrags mit Sodexo, dem Betreiber der Residenz.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Art von Vertrag nicht systematisch durch Ausschreibungen neu vergeben wird, es sei denn, es lägen schwerwiegende Probleme vor. Wenn die Zusammenarbeit gut funktioniert, bleiben die Einrichtungen im Allgemeinen bei ihren Dienstleistern.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich der Meinung ihres Kollegen an und lobt die Treuhandgesellschaft für die Übersichtlichkeit des Berichts. Sie begrüßt auch die detailgenauen Angaben zum Personalbestand. Sie fragt sich insbesondere, warum 12 Mitarbeiter in der Küche beschäftigt sind, und erkundigt sich, ob diese in Vollzeit arbeiten. Der Bürgermeister erwidert, dass es sich überwiegend um Teilzeitkräfte handelt, die hauptsächlich für die Lieferung von Mahlzeiten nach Hause und die inhäusige Verpflegung zuständig sind.

Die Gemeinderätin geht dann auf die Frage ursprünglichen Vertragsrahmens ein, der seit der Eröffnung des Zentrums gilt und der ja auf Mieter ausgerichtet war, die eigenständig leben können. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Älterwerdens benötigen einige Bewohner nun allerdings mehr Betreuung. Sie schlägt eine Überarbeitung des Vertrags mit Sodexo vor und regt an, die Art und Weise zu überdenken, wie die Verpflegung organisiert wird. Sie könnte beispielsweise, wie dies auch in anderen Einrichtungen gehandhabt wird, vollständig an einen externen Auftragnehmer ausgelagert werden. Ihrer Meinung nach wird selbst eine Erhöhung der Mieten die Verluste nicht ausgleichen, und sie ruft dazu auf, grundlegende Überlegungen diesbezüglich anzustellen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass eine derartige Analyse derzeit stattfindet. Die Gemeinde hat Sodexo gegenüber bereits ihre Bedenken geäußert, und es ist eine Unterredung mit ihnen. Er räumt ein, dass bestimmte Entscheidungen in der Zeit nach Covid zu

einer Überhöhung der Kosten geführt haben könnten, insbesondere im Zusammenhang mit der Pflege, und dass es notwendig sei, wieder auf ein vertretbareres Niveau zurückzukommen. Er weist darauf hin, dass die Bewohner dank dieser Betreuung bis ins hohe Alter in ihrer Wohnung bleiben können, was ursprünglich nicht unbedingt vorgesehen war. Er betont, wie wichtig ein konstruktiver Dialog mit dem Dienstleister ist, wer immer dies auch sein mag, um die Kosten wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) betont ebenfalls, dass der menschliche Ansatz des Zentrums zu begrüßen ist: selbst bei schweren Fällen, wie dem einer Bewohnerin, die kürzlich nach schwerer Krankheit verstorben ist, konnte die Person in ihrer Wohnung bleiben, was ihrer Meinung nach von einem guten Betreuungsniveau zeugt.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt mit dem Hinweis, dass es sinnvoll wäre, den genauen Wortlaut des 25 Jahre alten ursprünglichen Vertrags zu überprüfen, um sicherzustellen, dass er den heutigen Gegebenheiten noch entspricht.

Der Bürgermeister stimmt zu und weist darauf hin, dass eine Überarbeitung tatsächlich notwendig ist, auch in Bezug auf Zusatzleistungen wie den Imbissstand im Park, der ebenfalls von Sodexo betrieben wird.

Der Revisionsbericht 2022 des Centre Riedgen wird einstimmig genehmigt.

4. Beschluss bezüglich einer punktuellen Änderung des Haushaltsplans für das Jahr 2025.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass diese punktuellen Änderung des Haushaltsplans 2025 aufgrund einer Reihe zusätzlicher Ausgaben, vor allem für den täglichen Betrieb, erforderlich ist.

Dabei handelt es sich um geringfügige Erhöhungen im Zusammenhang mit kürzlich erfolgten Neueinstellungen. Die neuen Mitarbeiter mussten sowohl mit Kleidung als auch mit Computern und Telefonen ausgestattet werden, was zusätzliche Kosten verursacht hat. Bei einigen Wartungsverträgen kam es ebenfalls zu Preiserhöhungen. Hinzu kommen unvorhergesehene

Ereignisse wie Fahrzeuge, die schneller als erwartet außer Betrieb genommen werden mussten.

Einer der größten Posten ist eine zusätzliche Rechnung in Höhe von 61.344 Euro für den Beschäftigungsfonds. Sie erklärt, dass zum Jahresende eine Schätzung vorgenommen werden musste, die endgültige Abrechnung jedoch etwas höher ausfiel. Hinzu kommt ein Betrag von 246.729 Euro zur Deckung der Kosten für das Centre Riedgen, welcher sich aus der im vorigen Punkt genehmigten Abrechnung ergibt.

Dann geht sie auf das Budget des Sozialamtes ein, das um 100.000 Euro aufgestockt werden muss, da die Nachfrage nach Wohnbeihilfen höher ausfiel als erwartet. Sie verweist darauf, dass die Hälfte dieses Betrags vom Staat zurückerstattet wird, da das Sozialamt zu 50 % auf nationaler Ebene finanziert wird, die Gemeinde die Mittel jedoch trotzdem vorstrecken muss.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Verwaltung des Skateparks. Angesichts des enormen Erfolgs, auch bei einigen Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen oder ohne Orientierung, hat die Gemeinde beschlossen, das Angebot teilweise zu verlängern, obwohl es eigentlich Ende September auslaufen sollte.

Schöffin Anne Arend (CSV) betont, dass der Skatepark heute weit über seine ursprünglich angedachte Funktion als Freizeitangebot hinausgeht. Er hat sich zu einem sozialen Treffpunkt entwickelt, für manche sogar zu einem Ort für die ganze Familie. Der Betreuer Bijan Kessler übernimmt hier eine Rolle ähnlich der eines Streetworkers. Die Gemeinde plant daher, auch in den Wintermonaten eine betreute Präsenz aufrechtzuerhalten, mit einem reduzierten, aber zielgerichteten Angebot, insbesondere mit Gleichgewichtswerkshops.

Parallel dazu werden Überlegungen zur Einführung einer Jahresmitgliedskarte angestellt. Diese würde es den Kindern ermöglichen, Ausrüstung auszuleihen und gleichzeitig eine bessere Rückverfolgbarkeit gewährleisten. Die Besucherzahlen der Anlage sind so stark gestiegen, dass es schwierig geworden ist, ohne ein strukturierendes Instrument den Überblick zu behalten. Die Karte würde es ermöglichen, regelmäßige

Nutzer besser zu betreuen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Es wird ein symbolischer Betrag ins Auge gefasst, um das Auslaufen der „vollständigen Kostenfreiheit“ zu signalisieren und das Bewusstsein für ein gemeinsames Engagement zu stärken. Um das Verfahren zu vereinfachen könnte die Verwaltung dieser Karten direkt an Bijan Kessler übertragen werden.

Im Sinne dieser Weiterentwicklung geht sie auch auf die Perspektiven ein, die sich aus der für April 2026 geplanten Eröffnung des neuen Jugendhauses ergeben. Es dürfte sich eine natürliche Partnerschaft zwischen dem Jugendhaus und dem Skatepark ergeben, der Ausleihstelle für Ausrüstung, die sich in einem gemeinsamen genutzten Raum befindet.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) ergänzt, dass der Bau des neuen Jugendhauses im November fertiggestellt sein sollte, danach kommt die Innenausstattung und die Eröffnung sollte rechtzeitig zum Start der Frühjahrssaison stattfinden. Er betont, dass dieses neue Jugendhaus die Synergien verstärken und die bestehenden Einrichtungen näher zusammenbringen wird, um möglichst offen und nahe an den Nutzern zu sein.

Schöffin Anne Arend (CSV) kommt dann auf einen weiteren Haushaltspunkt zurück: die Kirmes und die Feier zum 175-jährigen Bestehen der Gemeinde. Der Posten für die Kirmes muss um 30.000 Euro aufgestockt werden, wodurch sich der Gesamtbetrag auf 75.000 Euro erhöht. Hinzu kommt ein neuer Haushaltsposten in Höhe von 50.000 Euro für die Feierlichkeiten zum 175-jährigen Jubiläum. Das Gesamtbudget beläuft sich somit auf 125.000 Euro. Anschließend geht sie auf das Programm ein: Die Feierlichkeiten beginnen am Samstag mit einer offiziellen Eröffnung, gefolgt vom „Hämmelsmarsch“, einer Ausstellung in der Gemeinde zur Geschichte von Strassen und einem Kirmesball in einem großen Festzelt. Der Sonntag ist der traditionellen Kirmes gewidmet, mit Essen und „Thé dansant“ ebenfalls im Festzelt. Außerdem wird eine Broschüre mit Informationen zur 175-jährigen Geschichte der Gemeinde an alle Einwohner verteilt.

Sie schließt ihre Ausführungen mit einer positiven Bemerkung: Die Gemeinde erhält eine unerwartete Rückzahlung in Höhe von 234.000 Euro im Zusammen-

hang mit der vom Innenministerium beschlossenen Auflösung des Konjunkturausgleichsfonds. Da dieser Fonds keinen buchhalterischen Nutzen mehr hat, werden die Beträge entsprechend ihrem Beitragsanteil an die Gemeinden zurückgezahlt. Hinzu kommen weitere außerordentliche Einnahmen in Höhe von insgesamt 868.000 Euro, die zwar erwartet werden, aber noch nicht im Haushalt veranschlagt sind.

Dank dieser Einnahmen beläuft sich der Haushaltsüberschuss, der auf 426.000 Euro gesunken war, nun auf 585.000 Euro. Die Schöffin betont, dass es dank dieser Marge möglich sein wird, das Jahr unter guten Vorgaben abzuschließen.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) fragt sich, warum die Kosten für das 175-jährige Jubiläum von Strassen im ordentlichen Haushalt aufgeführt werden, da es sich ja um ein einmaliges Ereignis handelt. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass nur abschreibungsfähige Ausgaben im außerordentlichen Haushalt aufgeführt werden können; ein Fest, selbst wenn es außergewöhnlich ist, bleibt eine ordentliche Ausgabe.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich anschließend nach einem Haushaltsposten im Zusammenhang mit der Kindertagesstätte „Wibbeldewapp“. Die Schöffin Anne Arend (CSV) antwortet, dass es sich um Betriebskosten im Zusammenhang mit dem SAS-Vertrag handele, insbesondere für Personal, welches direkt von der Gemeinde bezahlt wird. Die Gemeinderätin weist darauf hin, dass es am Eingang ein sichtbares Problem mit der Fassade gibt, und hofft, dass dieses bald behoben wird.

Der Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) zeigt sich erfreut über den Erfolg des Skateparks und schlägt vor, über die Gründung eines lokalen Vereins nachzudenken, um die Aktivitäten besser strukturieren zu können und langfristig möglicherweise bestimmte Aufgaben wie die Verwaltung der Mitgliedskarten oder der Ausrüstung zu übernehmen. Schöffin Anne Arend (CSV) stimmt dem voll und ganz zu und weist darauf hin, dass diese Überlegungen bereits mit Bijan Kessler erörtert wurden. Die Initiative muss jedoch von den Jugendlichen selbst ausgehen.

Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) weist auf die Einschränkungen bei der Nutzung des Skateparks im Winter hin, wenn es regnet oder schneit, und schlägt vor, die Schaffung eines überdachten Bereichs in Erwägung zu ziehen. Als Beispiel nennt er das „Schluechthaus“, die Halle in Hollerich, eine altes Gebäude, das in einen Skatepark umgewandelt wurde. Schöffin Anne Arend (CSV) antwortet, dass mangels verfügbarer Hallen in Strassen eine Alternative darin bestehen könne, die Jugendlichen mit den Minibussen der Gemeinde zu anderen überdachten Einrichtungen zu fahren.

Ebenfalls in Hinsicht auf dieses Thema erkundigt sich Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) nach dem Mindestalter für den Besuch des Skateparks ohne Aufsicht. Der Bürgermeister verweist darauf, dass es sich um einen offenen Raum handele und die Verantwortung bei den Eltern liege. Er bestätigt jedoch, dass die jüngsten Besucher meistens in Begleitung kommen.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) weist darauf hin, dass einige Eltern ihre Kinder direkt am „Becken“ des Skateparks absetzen, was eine echte Gefahr darstellt. Generell jedoch werden sehr kleine Kinder von ihren Eltern beaufsichtigt.

Die Haushaltsänderung wird einstimmig angenommen.

5. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass es sich um drei unentgeltliche Übertragungen handelt.

Die erste betrifft ein Grundstück in der Rue des Carrières, die zweite ein Grundstück in der Rue du Kiem, genauer gesagt auf Höhe der Hausnummern 9 und 11. Die dritte betrifft ein etwa sechseinhalb Ar großes Grundstück an der Ecke Rue Thomas Edison und Rue des Primeurs.

Alle drei Urkunden werden einstimmig genehmigt.

6. Beschluss über eine Ermächtigung zur Klageerhebung.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die Gemeinde bei einem Unternehmen Tischlerarbeiten

im Wert von 9.000 Euro in Auftrag gegeben hat. Eine Anzahlung in Höhe von 7.522 Euro wurde an das Unternehmen für den Kauf des für die Ausführung der Arbeiten erforderlichen Holzes geleistet. Die Arbeiten wurden jedoch nie ausgeführt, und trotz mehrerer Mahnungen ist das Unternehmen nicht bereit, die geleistete Anzahlung zurückzuzahlen. Der Bürgermeister stellt klar, dass es sich nicht um einen Konkursfall handelt, sondern um eine offensichtliche Weigerung, die Anzahlung zurückzuzahlen, sodass ein Gerichtsverfahren erforderlich ist, um die Gelder wiederzuerlangen.

Der Gemeinderat stimmt der Einleitung eines Gerichtsverfahrens einstimmig zu.

7. Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an einen lokalen Verein.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt den Antrag der „Fanfare Stroossen“ vor, die eine außerordentliche finanzielle Beihilfe für zwei spezifische Investitionen beantragt. Die erste betrifft den Kauf eines Tenorsaxophons für ein junges Mitglied der „Stroossener Music Kids“.

Die zweite Investition betrifft mehrere neue Uniformen, insbesondere für die neu hinzugekommenen jungen Mitglieder, die noch keine besitzen. Der Gesamtbetrag dieser Bestellung liegt bei 20.436 Euro. Einschließlich des Kaufs des Saxophons belaufen sich die Gesamtkosten auf 21.886,14 Euro.

Die Schöffin weist darauf hin, dass es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist, drei Angebote für den Kauf von Uniformen einzuholen, da es nur wenige spezialisierte Anbieter gibt. Sie präzisiert, dass die Uniformen hauptsächlich für offizielle Veranstaltungen der Gemeinde wie den Nationalfeiertag oder Gedenkfeiern genutzt werden.

Gemäß dem Gemeindereglement, welches eine Beteiligung von einem Drittel für diese Art von Ausgaben vorsieht, schlägt die Gemeinde daher vor, einen Sonderzuschuss in Höhe von 7.295,38 Euro zu gewähren.

Die Beihilfe wird einstimmig verabschiedet.

8. Annahme eines Mietvertrags.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) geht auf diesen Mietvertrag für ein Grundstück in der Rue Bel Air ein, auf dem zwei Tiny Houses errichtet werden sollen. Die Gemeinde hat eine Vereinbarung mit der Familie getroffen, der das Grundstück gehört. Dieser Vertrag sieht eine Miete von 200 Euro monatlich vor, was 100 Euro pro aufgestelltes Haus entspricht. Diese Vermietung ist Teil eines größeren Projekts der Gemeinde, das darauf abzielt, mehrere Tiny Houses an unterschiedlichen Orten auf dem Gemeindegebiet zu errichten.

Auf eine Frage von Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) hin präzisiert der Bürgermeister, dass noch keine Auswahl in Bezug auf die Häuser getroffen wurden: Es werde ein Ausschreibungsverfahren geben bei dem je nach Standort mehrere Lose vorgesehen sind (insbesondere eine weitere Parzelle im Dorf, auf der 4 bis 5 Einheiten vorgesehen sind).

Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) merkt an, dass die Kündigungsklausel des Mietvertrags vorsieht, dass die Gemeinde das Grundstück in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzen muss, sofern nicht vereinbart wurde, dass bestimmte Leitungen oder Anlagen (Rohrleitungen, Anschlüsse) erhalten bleiben. Er fragt nach, ob der Eigentümer von den von der Gemeinde finanzierten Infrastrukturen profitieren könnte.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Risiko nahezu bei null liege, da die Fundamente und Anschlüsse der Tiny Houses wenig tief lägen und speziell auf diese Art von Wohnhäusern ausgerichtet seien, was sie für eine klassische Bauweise kaum wiederverwendbar mache.

Er fragt auch, ob die Klausel bezüglich der Pflege des Grundstücks, die von der Gemeinde übernommen wird, zum Problem werden könne.

Der Bürgermeister und die Schöffin Anne Arend (CSV) stellen klar, dass die Gemeinde für die Pflege verantwortlich ist, solange keine Mieter vorhanden sind. Sobald diese in die Wohnungen eingezogen sind, obliegt die Pflege den Bewohnern, wie dies bereits bei einem früheren Standort der Fall war.

Die Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Belegung. Der Bürgermeister erklärt, dass die Tiny Houses im Frühjahr fertiggestellt sein sollen und dass eine erneute Ausschreibung zur Vergabe der Wohnungen erfolgen wird.

Bezüglich der Auswahlkriterien fragt Gemeinderat Nicolas Kandel (DP), ob diese unverändert bleiben. Er äußert außerdem den Wunsch, dass diese Wohnungen auch für Personen mit höherem Einkommen zugänglich sein sollten, welche einen minimalistischen Lebensstil anstreben und nicht nur für bestimmte soziale Profile.

Der Bürgermeister räumt ein, dass die bisherigen Einkommenskriterien zweifellos zu streng waren und nach oben korrigiert werden, ohne jedoch vollständig abgeschafft zu werden.

Der Gemeinderat Andrew Butler (CSV) bittet um eine Rückmeldung zur aktuellen Belegung eines Tiny Houses.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass der derzeitige Mieter sehr zufrieden ist und die Wohneinheit in einem ausgezeichneten Zustand hält. Im Gegensatz dazu hatte eine frühere Situation, in der zwei Personen in einem Tiny House zusammenlebten, zu Problemen geführt, insbesondere in Bezug auf Belüftung und Feuchtigkeit. Für die nächsten Einheiten, insbesondere am zweiten Standort, wird ein gemeinsamer Container mit Waschmaschinen und Trocknern zur Verfügung gestellt, um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden.

Der Vertrag wird einstimmig angenommen.

9. Ernennungen für die lokalen Beratenden Kommissionen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt mit, dass Frau Victoria El Khoury seit kurzem wieder in Strassen wohnt und sofort den Wunsch geäußert hat, wieder im Ausschuss für interkulturelles Zusammenleben aufgenommen zu werden. Sie ist auch auf nationaler Ebene in diesem Bereich tätig und muss, um weiterhin in einer nationalen Kommission mitarbeiten zu dürfen, offizielles Mitglied einer lokalen Gemeindekommission sein. In geheimer Abstimmung werden der Rücktrittsantrag

von Herrn Edin Bobeta und die Ernennung von Frau Victoria El Khoury genehmigt.

Anzumerken ist, dass Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung verlässt, um an einer Online-Konferenz in Zusammenhang mit seinem schulischen Engagement teilzunehmen.

10. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) schlägt vor, auf ein Vorkaufsrecht für ein Grundstück zu verzichten. Dem stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

b) Beschluss im Rahmen eines Antrags auf Parzellierung

Anschließend befasst sich der Gemeinderat mit einem Antrag auf Parzellierung bezüglich eines Hauses in der Rue Mathias Saur. Der Eigentümer möchte das Grundstück aufteilen, um dort mehrere Häuser zu bauen.

Es kommt zu einer Diskussion, insbesondere mit der Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP), die sich Fragen stellt bezüglich des Bestimmungszwecks eines anderen benachbarten Grundstücks desselben Eigentümers. Sie weist darauf hin, dass dieser Bereich ursprünglich als Grünfläche vorgesehen war. Der Bürgermeister teilt diese Ansicht und verspricht, die genaue Zweckbestimmung dieses Teilstücks erneut zu überprüfen.

c) Beschluss zur Aufhebung einer Parzellierung

Als Nächstes folgt die Zusammenlegung zweier Grundstücke von Autopolis, die ursprünglich geteilt waren, nun aber für den Bau eines neuen Gebäudes zusammengelegt werden. Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) äußert sich besorgt über den möglichen Wegfall von Parkplätzen, doch der Bürgermeister versichert ihm, dass die Mindestanzahl eingehalten werde.

d) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Arlon-Kiem“ (vereinfachtes Verfahren)

Anschließend wird eine Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Arlon-Kiem“ vorgelegt. Hier geht es darum, den genauen Standort der preisgünstigen Wohnungen im Rahmen eines Projekts der SNHBM festzulegen. Der Standort dieser Wohnungen ist jetzt genau festgelegt, nämlich einmal in einem Hauptgebäude und dann noch im rückwärtigen Teil.

e) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Pescher IV“ (vereinfachtes Verfahren)

Ein weiteres Vorhaben welches besprochen wird ist die Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Pescher IV“, bei dem die Gemeinde Tiny Houses integrieren möchte. Der Bürgermeister erläutert, dass diese alternative Wohnform derzeit mit Unterstützung des Ingenieurbüros Schroeder & Associés an mehreren Standorten in Strassen getestet wird.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) stellt detaillierte Fragen zu den Bebauungsvorschriften (Abstand zwischen den Gebäuden, Höhen, Flächen), worauf der Bürgermeister eine ausführliche Antwort gibt. Dieser erklärt, dass die Parameter weitgehend von den von staatlicher Seite vorgegebenen Rahmenbedingungen bestimmt werden. Es gehe insbesondere darum, unter dem Grenzwert von 50 m² zu bleiben, da kleinere Flächen von bestimmten Verpflichtungen, wie der Erstellung eines Energiepasses, ausgenommen sind.

f) Beschluss im Rahmen einer Änderung des Teilbebauungsplans PAP „Schoenacht“ (vereinfachtes Verfahren)

Der Teilbebauungsplan PAP „Schoenacht“ wird ebenfalls abgeändert. Hierbei handelte es sich vor allem um eine technische Anpassung, um den grafischen und den schriftlichen Teil miteinander in Einklang zu bringen.

g) Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsprojekts des Teilbebauungsplans PAP „Sonore“

In Bezug auf den Teilbebauungsplan PAP „Sonore“ stellt der Bürgermeister ein Einzelprojekt an der Route d'Arlon vor. Hier ist nur ein einziges Gebäude

vorgesehen, und dies in einem Viertel, das ursprünglich als zusammenhängendes Ganzes strukturiert werden sollte. Das Grundstück wird teilweise an die Gemeinde abgetreten, insbesondere um sich vorzubereiten, falls hier eine Straßenbahnlinie vorbeiführen sollte. Allerdings ist hier kein bezahlbarer Wohnraum vorgesehen, da das Vorhaben aufgrund seiner geringen Größe von dieser Verpflichtung ausgenommen ist.

Dies Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) nutzt die Gelegenheit, um allgemeine Kritik an der Logik der „Nouveaux Quartiers“ zu üben, die ihrer Meinung nach nur schwer in ihrer Gesamtkohärenz umgesetzt werden können und oft auf fragmentarische und wenig integrierte Initiativen reduziert werden. Der Bürgermeister teilt diese Einschätzung, betont jedoch auch, wie schwierig es ist, von Eigentümern einzelner Grundstücke zu verlangen, dass sie eine hypothetische Gesamtumsetzung abwarten.

h) Genehmigung der punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG) und des Teilbebauungsplans PAP QE „Kiem“

Schließlich bestätigt der Gemeinderat eine Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans und des Teilbebauungsplans, um ein Grundstück im Stadtteil „Kiem“ aus der Zone „Nouveau Quartier“ in die Zone „Quartier Existant“ umzuwidmen. Diese Umwidmung soll es dem Eigentümer ermöglichen, sein Haus weiter anzupassen oder zu verbessern, ohne den strengen Auflagen für zu bebauende Gebiete unterworfen zu sein.

Alle Beschlüsse, die im Rahmen dieses umfangreichen Punktes Urbanismus getroffen wurden, werden einstimmig angenommen.

11. Personalangelegenheiten:

a) Schaffung einer Stelle für einen Angestellten mit intellektuellen Aufgaben

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass hier die Stelle eines Sportkoordinators ausgeschrieben wurde, für die mehrere Bewerbungen eingegangen sind, darunter einige von Personen, die im öffentlichen Dienst in der Laufbahngruppe A2 beschäftigt sind und andere aus der Laufbahngruppe B. Es wurde ein strenges

Verfahren angewendet: erstes Vorstellungsgespräch, dann schriftliche Aufgabe für alle ausgewählten Bewerber mit der Vorgabe, ein dreiseitiges Projekt zur Arbeit mit der lokalen Jugend zu entwickeln. Anschließend wurden die am besten geeigneten Bewerber zu einem zweiten Vorstellungsgespräch eingeladen.

Nach Abschluss dieses Verfahrens hat sich ein Bewerber der Laufbahn B1 besonders hervorgetan. Zur Einhaltung des Verfahrens muss der Gemeinderat formell die Schaffung einer neuen Stelle beschließen, wobei die endgültige Entscheidung beim Schöffengericht liegt.

Der Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) dankt Frau Astrid Di Millo, Leiterin der Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, für die Bereitstellung der Unterlagen und hebt das Interesse der zahlreichen eingegangenen Vorschläge hervor. Er ermutigt das Kollegium und den zukünftigen Koordinator, sich von den Ideen, die die Bewerber in ihren Projekten aufgeführt haben, inspirieren zu lassen, da seiner Meinung nach kein Vorschlag für sich allein genommen überzeugend war, sondern alle zusammen ein großes Potenzial böten, das kombiniert werden könne.

Der Bürgermeister stimmt dieser Idee zu, weist jedoch darauf hin, dass auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Inspiration und Aneignung zu achten ist. Er schlägt außerdem vor, dass bei komplexen Verfahren wie diesem ein Mitglied der Opposition in den Auswahlprozess einbezogen werden soll, um maximale Transparenz zu gewährleisten.

Die Schaffung der Stelle wird anschließend ohne Gegenstimme genehmigt.

b) Schaffung einer Stelle für einen Gemeindebeamten

Bei dieser Stellenausschreibung geht es sich um einen internen Fall: Frau Liliana Amado, derzeit im Einwohnermeldeamt tätig, hat die Prüfung zum Wechsel der Laufbahn bestanden und möchte in die Laufbahn B wechseln. Damit diese Neueinstufung formal umgesetzt werden kann, muss die Gemeinde eine spezifische B1-Stelle schaffen,

da die Verwaltungsvorschriften es nicht erlauben, eine bestehende C1-Stelle einfach in eine B1-Stelle umzuwandeln. Es handelt sich also nicht um die Einstellung einer externen Person, sondern um die Anerkennung der beruflichen Weiterentwicklung einer bereits von der Gemeinde beschäftigten Mitarbeiterin.

Die Schaffung dieser Stelle wird ebenfalls einstimmig bestätigt.

c) Beschluss über die Beförderung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit entscheiden die Gemeinderatsmitglieder über die Beförderung eines Gemeindebeamten.

d) Beschluss über die Beförderung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit entscheiden die Gemeinderatsmitglieder über die Beförderung eines zweiten Gemeindebeamten.

12. Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Aussprache mit einer emotional geprägten Anmerkung. Er informiert die Gemeinderatsmitglieder über das kürzliche Ableben von Herrn Carlo Steimes, Mitglied einer Gemeindekommission, und spricht im Namen des Schöffengerichts und des Gemeinderates der Familie sein aufrichtiges Beileid aus. Er betont, wie sehr solche Ereignisse die Vergänglichkeit des Lebens vor Augen führen und die Angehörigen tief erschüttern.

Anschließend geht der Bürgermeister ausführlich auf das Thema ein, das die Einwohner in letzter Zeit beschäftigt hat: die punktuelle Verschmutzung des Trinkwassers. Er möchte einige Gerüchte richtigstellen und den genauen Ablauf der Ereignisse darlegen. Am Freitagnachmittag gegen 14:30 Uhr meldete das Labor telefonisch das Vorhandensein von coliformen Bakterien in einer der Quellen, die das kommunale Netz versorgen.

Um 14:45 Uhr begab sich der Bürgermeister zur Gemeindeverwaltung, wo kurz darauf die Kommunikationsbeauftragte hinzukam, und um 15:00 Uhr hatte die Gemeinde bereits eine offizielle Mitteilung veröffentlicht, in der empfohlen wurde, kein Wasser ohne vorheriges Abkochen zu konsumieren.

Entgegen einigen Behauptungen, die in den sozialen Netzwerken kursierten, war die Kontaminierung also nicht schon am Vortag bekannt, sondern erst am selben Tag, nur wenige Minuten vor der öffentlichen Mitteilung.

Der Bürgermeister erklärt anschließend, dass das Vorhandensein von coliformen Bakterien, obwohl die nachgewiesenen Mengen sehr gering waren – stets unter 20 Einheiten – eine sofortige Reaktion erfordert, da die gesetzliche Norm eindeutig ist: Der Grenzwert liegt bei null. Er verweist darauf, dass derartige Verunreinigungen nach starken Regenfällen auftreten können, wenn durch „nervöse Quellen“, die sehr empfindlich auf Wetterveränderungen reagieren, Verunreinigungen in das Netz gelangen.

Das tatsächliche Gesundheitsrisiko war sehr gering, aber das Gesetz schreibt vor dass, sobald der gemessene Wert nicht mehr konform ist, eine sofortige Mitteilung erfolgen muss. Am folgenden Montag wurde eine Gegenanalyse durchgeführt, deren Ergebnisse am Dienstag vorlagen und bestätigten, dass die Trinkwasserqualität wieder einwandfrei war.

Rückblickend räumt der Bürgermeister ein, dass diese Erfahrung dazu beitragen wird, das für Notfälle vorgesehene Verfahren weiter zu verbessern. Die Gemeinde wird ihr internes Protokoll überarbeiten, um sicherzustellen, dass alle sensiblen Einrichtungen – Kindertagesstätten, Schulen, Restaurants, wichtige Unternehmen – schnell und über die richtigen Kanäle benachrichtigt werden.

Er betont auch die Bedeutung des SMS2Citizen-Systems, mit dem die Bevölkerung direkt per SMS informiert werden kann. Dieser Dienst sollte seiner Meinung nach stärker beworben werden, damit jeder Einwohner die Warnmeldungen in Echtzeit erhalten kann.

Schließlich kündigt er an, dass die Kommunikation mit dem Gemeinderat selbst überarbeitet wird: Die

Gemeinderatsmitglieder erhalten künftig eine spezielle E-Mail, sobald eine Notfallsituation gemeldet wird, damit sie die Fragen der Bürger kohärent und fundiert beantworten können.

Der Bürgermeister geht dann über zu positiveren Nachrichten, insbesondere jenen, die den neuen Fußballplatz betreffen. Die Arbeiten schreiten sehr gut voran, und das erste Testspiel ist für Sonntag, den 26. Oktober, gegen Rodange geplant. Dieses erste Spiel wird es ermöglichen vor der Einweihung sicherzustellen, dass die technischen Anlagen ordnungsgemäß funktionieren. Die offizielle Einweihung mit einer Zeremonie ist für Sonntag, den 23. November, um 15 Uhr geplant, gefolgt von einem Spiel um 17 Uhr gegen Differdingen. Er zeigt sich erfreut darüber, dass die Bauarbeiten nun in der Endphase sind und es keine kritischen Verzögerungen gibt.

Er erwähnt auch die Initiative „Fit duerch de Summer“, ein Sportprogramm, das im Sommer an verschiedenen Orten der Gemeinde organisiert wird: im Skatepark, auf den Beachvolleyballplätzen, im Parc de l'Indépendance und im Parc Riedgen oder auch „Outdoor Fitness“ im Parc de l'Indépendance und am Fräiheetsbam. Die Aktivitäten waren ein großer Erfolg und viele Einwohner nahmen daran teil. Der künftige Sportkoordinator soll sich davon inspirieren lassen und für das kommende Jahr eine Neuauflage mit einem noch vielfältigeren Angebot ausarbeiten.

Der Bürgermeister kommt auch auf das große Pfadfinderlager zu sprechen, das kürzlich in Strassen stattgefunden hat mit über tausend Teilnehmern. Dank der hervorragenden Organisation durch die Pfadfinderleiter und die Gemeindeteams verlief die Veranstaltung ruhig und ohne größere Zwischenfälle. Er lobt die Professionalität der Gemeindemitarbeiter, die auch bei dem „Stroossefestival“ und anderen Sommerversammlungen grosses Engagement gezeigt und so zu einem positiven und dynamischen Image der Gemeinde beigetragen haben.

Auch Gemeinderatsmitglied Tun Gierenz (CSV) lobt die Gemeindemitarbeiter für ihren Einsatz während des Pfadfinderlagers, den er als vorbildlich bezeichnet. In Bezug auf die Trinkwasserproblematik ist er der Meinung, dass die Kommunikation insgesamt effektiv

war, auch wenn einige Einwohner sie für ungenau hielten, insbesondere hinsichtlich der Fristen für die Gegenanalyse. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoll gewesen, von Anfang an anzugeben, dass für Montag eine neue Analyse geplant war, um Unklarheiten zu vermeiden.

Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) pflichtet ihm bei. Er würdigt die schnelle Reaktion des Kollegiums, betont jedoch, dass die Kommunikation mit der Bevölkerung „unvollständig“ und manchmal „ungeschickt“ gewirkt habe. Einige Einwohner hätten mehrere Tage lang keine Informationen erhalten und sich gefragt, ob das Problem behoben sei. Er erwähnt auch, dass es keine Hinweisschilder an den öffentlichen Wasserspendern gegeben habe, insbesondere im Skatepark, wo Kinder am Sonntag noch Wasser getrunken hätten. Seiner Meinung nach müsse in Zukunft darauf geachtet werden, die betroffenen Wasserstellen deutlich zu kennzeichnen.

Er lobt außerdem die Organisation des „Stroossefestivals“, das ein großer Erfolg war, merkt jedoch an, dass die Betonblöcke, die zur Absicherung des Geländes dienten, schlecht platziert waren: Da sie zu weit voneinander entfernt standen, hätte ein Fahrzeug mit hoher Geschwindigkeit in die Menschenmenge rasen können. Er schlägt daher vor, diese Sicherheitsvorrichtungen bei kommenden Veranstaltungen näher zusammenzustellen.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) erkundigt sich nach einem Interview, das auf Radio 100,7 ausgestrahlt wurde und in dem von einem möglichen Zentrum für Neuzuwanderer in Strassen die Rede war. Der Bürgermeister erwidert, dass es diesbezüglich kein konkretes Vorhaben gibt. Es wurde kein Grundstück ins Auge gefasst, und selbst wenn die Gemeinde einem solchen Projekt grundsätzlich nicht ablehnend gegenübersteht, würden die aktuellen Vorschriften des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG) eine sofortige Umsetzung unmöglich machen. Er kommt zu dem Schluss, dass „derzeit nichts geplant ist“.

Anschließend spricht der Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi Gréng) den Zustand des Radwegs an, der hinter dem Schießstand entlang des Reckenthals hinunterführt. Der Hang sei zwar steil, gibt sie zu,

aber er scheine auch schlecht gepflegt und daher für Radfahrer gefährlich zu sein. Sie fordert die Gemeinde auf, sich dieser Sache anzunehmen. Sie spricht auch ein Problem des öffentlichen Nahverkehrs an: Die Einwohner des Zentrums von Strassen haben derzeit keine direkte Busverbindung zum CHL, dem Krankenhaus von Luxemburg, da alle Linien über die Route d'Arlon fahren. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Bus@Stroossen genau diese Verbindung zwischen dem Zentrum und der Route d'Arlon herstellt, und fordert die Bewohner auf, diesen eigens zu diesem Zweck eingerichteten Dienst zu nutzen.

Der Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) seinerseits kommt auf die Bewältigung der Wasserkrise zurück. Er erkundigt sich, wie der kommunale Krisenstab organisiert ist und ob dieser auch auf andere Arten von Situationen reagieren kann, wie z. B. einen größeren Stromausfall oder einen Cyberangriff, ein aktuelles Thema.

Er erwähnt die jüngsten Empfehlungen des SIGI, wonach die Gemeinden ihre IT-Backups überprüfen sollen. Was die Kommunikation angeht, bedauert er, dass die Mitglieder des Gemeinderats, im Gegensatz zu früheren Ereignissen, wie beispielsweise der Explosion einer Gasflasche in der Schule, während des Vorfalls nicht persönlich informiert wurde. Seiner Meinung nach hätten die gewählten Vertreter eine klare Botschaft erhalten müssen, um den Bürgern, die sie darauf ansprachen, eine schlüssige Antwort geben zu können.

Anschließend spricht er die Frage bezüglich Hoplr an, dem in Strassen genutzten Nachbarschaftsnetzwerk, und erinnert daran, dass es eine stillschweigende Vereinbarung zwischen den gewählten Vertretern gab, es nicht für politische Zwecke zu nutzen. Er stellt fest, dass der Bürgermeister unter eigenem Namen eine Nachricht auf Hoplr veröffentlicht hat, und ist der Meinung, dass es besser gewesen wäre, die Kommunikation über den offiziellen Account der Gemeinde laufen zu lassen.

Der Bürgermeister räumt ein, dass er anders hätte vorgehen können, erklärt jedoch, dass er schnell reagieren wollte, und verspricht, dass die Kommunikationsstrategie klarer definiert wird, um künftig jegliche Unklarheiten zu vermeiden.

Gemeinderatsmitglied Klensch beendet seine Rede mit einem Lob für die Organisation des zweitägigen „Stroossefestivals“, das großen Anklang beim Publikum fand. Er hebt die Qualität des Programms hervor, vor allem was die Konzerte am Freitagabend angeht, die vom Publikum sehr geschätzt wurden. Für künftige Veranstaltungen dieser Art schlägt er jedoch einige Anpassungen vor: den Zeitpunkt der offiziellen Eröffnung zu überdenken, eine größere Bühne für die wichtigsten Künstler anzubieten und den Zugang zu den beliebtesten Darbietungen besser zu regeln, da das Zelt schnell voll war.

Der Bürgermeister teilt diese Einschätzung und räumt ein, dass der Veranstaltungsort etwas zu klein war, hebt jedoch die gute Arbeit der Organisationsteams hervor, insbesondere der Schöffin Betty Welter-Gaul, des Koordinators Greg Lamy und der gesamten Kulturabteilung.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) meldet sich ebenfalls zu Wort, um auf die Missstände beim Netzwerk Hoplr hinzuweisen, das ihrer Meinung nach zunehmend von Beschwerden, Kritik und Fotos von Personen aus dem Viertel überschwemmt wird. Sie bedauert dass ein Tool, das darauf ausgelegt war, die Solidarität unter Nachbarn zu stärken, zu einem Ort des Misstrauens und der Denunziation geworden ist.

Schöffin Anne Arend (CSV) erwidert, dass die Plattform moderiert wird und unangemessene Beiträge gemeldet und anschließend gelöscht werden können. Sie räumt jedoch ein, dass es nach wie vor zu Missständen kommt.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fordert daraufhin, dass die Gemeinderatsmitglieder systematisch über die Antworten des Schöffenkolegiums informiert werden, wenn Bürger Briefe mit Kopie an alle gewählten Vertreter schicken. Dies würde verhindern, dass die Gemeinderatsmitglieder gleichgültig wirken, wenn sie angesprochen werden.

Sie stellt auch eine Frage zur PackUp-Station die ursprünglich in der Nähe des Pall Strassen geplant war. Der Bürgermeister erklärt, dass das Projekt wegen der zu großen Nähe zum Wohngebiet nicht an diesem Standort realisiert wird, dass jedoch eine Station in der Nähe des Parkplatzes Saint-Exupéry und eine weitere in

der Nähe des Parks Riedgen in besser dafür geeigneten Zonen eingerichtet werden.

Die Gemeinderätin erwähnt auch die ständige Unordnung rund um das Pall Center, wo regelmäßig Valorlux-Säcke und Müll auf den Gehwegen herumliegen. Der Ort ist ihrer Meinung nach „ungeeignet als Aushängeschild der Gemeinde zu dienen“. Der Bürgermeister erkennt das Problem an und verspricht, es mit den Verantwortlichen anzusprechen.

Schließlich kommt sie auf die kürzlich von der Gemeinde unterzeichnete Vereinbarung „Génération sans Tabac“ (Generation ohne Tabak) zurück und stellt fest, dass viele Personen weiterhin vor bestimmten Bäckereien und Geschäften rauchen. Der Bürgermeister teilt diese Sicht der Dinge und kündigt an, dass er sich erneut mit den betroffenen Personen in Verbindung setzen werde, damit es zu einer Verbesserung der Situation kommt.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) macht dann auf die überhöhte Geschwindigkeit der Autos, die durch die Viertel Pescher III und IV fahren, aufmerksam. Dort sind viele Kinder zu Fuß oder mit dem Roller unterwegs, und einige Autofahrer fahren sehr schnell, insbesondere an der Ausfahrt des Viertels Pescher IV über die Rue des Lavandes in Richtung Route de Reckenthal. Sie ist überrascht, dass es bisher noch nicht zu schweren Unfall gekommen ist. Der Bürgermeister antwortet, dass die einzige wirklich wirksame Maßnahme das Anbringen von Bodenschwellen wäre, räumt jedoch ein, dass solche Maßnahmen oft zu Protesten seitens der Anwohner führen.

Die Schöffin Anne Arend (CSV) teilt mit, dass die Gemeinde eine offizielle Anfrage an die Straßenbaubehörde, um die Höchstgeschwindigkeit zwischen Strassen und Reckenthal auf 50 km/h zu reduzieren.

Der Gemeinderat Daniel Thein (DP) weist seinerseits auf eine Inkohärenz bei der Beschilderung zwischen Bridel und Steinsel hin, wo eine 70er-Zone unvermittelt in eine 30er-Zone übergeht.

Er erwähnt auch einen Vorfall bei der Schule: Ein schlafender Obdachloser wurde unter einem Unterstand

in der Nähe des Ping Pong gesehen, was den Kindern Angst machte.

Die Schöffin Anne Arend stellt klar, dass keine echte Gefahr bestand: Die Polizei sei sofort eingeschritten, die Sicherheitsvorschriften seien genauestens befolgt worden und eine Nachricht mit einer Erklärung sei an die Eltern des betreffenden Schulzyklus geschickt worden. Sie fügt hinzu, dass es sich um einen Mann

handelt, der den Gemeindediensten bekannt ist, der oft in der Gegend gesehen wird, der keinerlei Gefahr darstellt, jedoch regelmäßig bei Regen Unterschlupf sucht.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung und dankt allen Gemeinderatsmitgliedern für deren Beiträge und den Gemeindeteams für ihr Engagement. Die Sitzung wird um 16:55 Uhr geschlossen.

Séance du conseil communal du 25 septembre 2025

FR

ORDRE DU JOUR

1. Approbation des procès-verbaux des séances du 12.06.2025 et du 10.07.2025.
2. Circulation et Mobilité :
 - a) Confirmation de règlements temporaires sur la circulation
 - b) Approbation de l'avenant n° 22 au règlement général sur la circulation
3. Approbation du rapport de révision du centre Riedgen pour l'année 2022.
4. Décision portant sur une modification ponctuelle du budget de l'année 2025.
5. Approbation de plusieurs actes notariés.
6. Décision portant sur une autorisation d'ester en justice.
7. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale.
8. Adoption d'un contrat de location.
9. Nominations au sein des commissions consultatives locales.
10. Urbanisme :
 - a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption
 - b) Décision dans le cadre d'une demande de lotissement
 - c) Décision d'abrogation d'un lotissement
 - d) Décision dans la cadre d'une modification du PAP « Arlon-Kiem » (procédure allégée)
 - e) Décision dans la cadre d'une modification du PAP « Pescher IV » (procédure allégée)
 - f) Décision dans la cadre d'une modification du PAP « Schoenacht » (procédure allégée)
 - g) Approbation de la convention et du projet d'exécution du PAP « Sonore »
 - h) Approbation de la modification ponctuelle du PAG et du PAP QE « Kiem »
11. Affaires de personnel :
 - a) Création d'un poste de salarié à tâche intellectuelle
 - b) Création d'un poste de fonctionnaire communal
 - c) Décision portant sur une promotion d'un fonctionnaire communal (huis clos)

- d) Décision portant sur une promotion d'un fonctionnaire communal (huis clos)

12. Divers.

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevine ; Marc Fischer (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Jean Claude Roob (LSAP), membres du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) signale les absences excusées. L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) donne procuration à l'échevine Anne Arend (CSV), le conseiller Marc Fischer (DP) transmet sa procuration à la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), et le conseiller Jean Claude Roob (LSAP) mandate l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) pour le représenter.

1. Approbation des procès-verbaux des séances du 12.06.2025 et du 10.07.2025.

Les procès-verbaux des séances des 12 juin et 10 juillet 2025 sont approuvés à l'unanimité.

2. Circulation et Mobilité :

- a) Confirmation de règlements temporaires sur la circulation

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente les règlements temporaires en matière de circulation qui sont adoptés à l'unanimité.

a) Approbation de l'avenant n° 22 au règlement général sur la circulation

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que ce point porte sur la Rue des Thermes, située en contrebas de la piscine. Un réaménagement de l'accès au nouveau terrain de football rend nécessaire la clarification des règles de circulation et de stationnement dans ce secteur, notamment pour éviter le stationnement sauvage et sécuriser la zone.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande des précisions quant à la gestion du stationnement autour du terrain de football. Elle exprime certaines préoccupations sur la capacité du parking à répondre à l'affluence, surtout lorsque des matchs ou entraînements des jeunes ont lieu. Elle souligne aussi que certains conducteurs pourraient profiter de ces places pour en profiter comme parking de délestage ou pour se rendre aux Thermes lorsque le parking de la piscine est saturé.

Le bourgmestre explique qu'à terme, environ 25 places de stationnement immédiat sont réservées pour le football, mais qu'un grand parking public de 60 places est prévu à proximité pour accueillir les parents et visiteurs. Il précise que pour les jours de match, un plan de stationnement sera distribué avec les invitations, incluant aussi les parkings des écoles, accessibles à pied par un chemin rapide. Selon lui, l'offre actuelle dépasse déjà celle disponible aujourd'hui autour du terrain existant, notamment dans la Rue Feyder.

En ce qui concerne les risques d'abus par des navetteurs ou clients des Thermes, le bourgmestre reconnaît la problématique et évoque des mesures à l'étude, telles que l'installation d'un horodateur par la commune pour instaurer une forme de dissuasion tarifaire. La mise en place d'une barrière d'accès n'est pas retenue, celle-ci étant réservée à l'accès interne du football.

Le point est approuvé à l'unanimité.

3. Approbation du rapport de révision du centre Riedgen pour l'année 2022.

Concernant le rapport de révision du Centre Riedgen pour l'exercice 2022, établi par une nouvelle fiduciaire,

le bourgmestre Nico Pundel (CSV) se dit satisfait de la forme du document, saluant une présentation claire, transparente et bien structurée. Il détaille les 516.000 euros de déficit, répartis entre 219.000 euros liés à la restauration (incluant la livraison des repas et l'encadrement) et 297.605 euros pour la gestion des appartements. Il souligne notamment les données intéressantes relatives au coût mensuel par logement selon la surface, ce qui permettra au collège échevinal d'évaluer l'évolution des coûts pour les années 2023 et 2024.

Le bourgmestre évoque l'éventualité d'une adaptation tarifaire, en maintenant des loyers stables pour les résidents actuels, mais en appliquant un tarif majoré aux nouveaux entrants, afin de limiter l'écart croissant entre coûts et recettes. Il évoque ensuite la construction d'un nouveau CIPA. Le projet est désormais prêt et la commune attend actuellement le retour du ministère pour déterminer le niveau de subsides. Une réunion est également prévue avec la nouvelle majorité à Bertrange pour explorer une collaboration éventuelle dans leur projet de CIPA. Toutefois, le bourgmestre indique que son intuition penche vers une solution autonome pour Strassen, plus adaptée aux réalités locales.

Le conseiller Daniel Thein (DP) remercie pour la prise en compte de la proposition faite avec son collègue Marc Fischer, visant à revoir les loyers à la hausse. Il rappelle que les charges ont fortement augmenté, tandis que les recettes stagnent. Il note que la tendance est clairement insoutenable à moyen terme, et qu'il faut impérativement agir sur les revenus si l'on ne peut pas réduire les coûts. Il demande également des précisions sur la durée du contrat avec Sodexo, gestionnaire de la résidence.

Le bourgmestre répond que ce type de contrat n'est pas systématiquement réattribué par appel d'offres, sauf problème majeur. En général, les structures conservent leur prestataire si la collaboration se passe bien.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rejoint l'avis de son collègue et félicite la fiduciaire pour la lisibilité du rapport. Elle apprécie également les informations détaillées sur les effectifs. Elle s'interroge notamment sur les 12 employés affectés à la cuisine et

demande s'ils travaillent à temps plein. Le bourgmestre précise qu'il s'agit majoritairement de temps partiels, principalement pour la livraison de repas à domicile et la restauration interne.

La conseillère soulève ensuite la question du cadre contractuel initial, datant de l'ouverture du centre, qui visait des locataires autonomes. Or, l'évolution démographique et le vieillissement font que certains résidents nécessitent désormais plus d'encadrement. Elle propose une révision du contrat Sodexo et suggère de repenser le mode de gestion de la restauration, par exemple en le déléguant entièrement à un opérateur externe, comme cela se fait ailleurs. Elle considère que même une hausse des loyers ne permettra pas de compenser les pertes, et appelle à une réflexion structurelle.

Le bourgmestre confirme que cette analyse est en cours. La commune a déjà exprimé ses inquiétudes à Sodexo, avec qui une entrevue est prévue. Il reconnaît que certaines décisions post-Covid ont pu entraîner un sur-gonflement des coûts, en particulier liés à l'encadrement soignant, et qu'il est nécessaire de revenir à des niveaux plus soutenables. Il rappelle que grâce à cet encadrement, les résidents peuvent rester dans leur logement jusqu'à un âge très avancé, ce qui n'était pas forcément prévu initialement. Il insiste sur l'importance d'un dialogue constructif avec le prestataire, quel qu'il soit, pour rééquilibrer les coûts.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne également que l'approche humaine du centre est à saluer : même dans des cas graves, comme celui d'une résidente récemment décédée après une maladie grave, la personne a pu rester dans son logement, ce qui témoigne selon elle d'un bon niveau d'accompagnement.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) conclut en rappelant qu'il serait judicieux de reconsulter les termes exacts du contrat initial, vieux de 25 ans, pour vérifier s'il est toujours en phase avec la réalité d'aujourd'hui.

Le bourgmestre acquiesce et indique qu'une mise à plat est en effet nécessaire, y compris pour des services

annexes comme la buvette du parc, également gérée par Sodexo.

Le rapport de révision 2022 du Centre Riedgen est approuvé à l'unanimité.

4. Décision portant sur une modification ponctuelle du budget de l'année 2025.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que cette modification ponctuelle du budget 2025 est rendue nécessaire par une série de dépenses supplémentaires, principalement liées au fonctionnement quotidien.

Il s'agit notamment de petites augmentations liées à des recrutements récents. En effet, de nouveaux collaborateurs ont dû être équipés, tant en vêtements qu'en matériel informatique ou téléphonique, ce qui entraîne des frais supplémentaires. Certains contrats de maintenance ont également été réajustés à la hausse. À cela s'ajoutent des imprévus comme des véhicules plus rapidement hors service que prévu.

Parmi les postes les plus conséquents, elle signale une facture supplémentaire de 61.344 euros pour le Fonds pour l'emploi, expliquant qu'en fin d'année une estimation avait dû être faite, mais que le décompte final s'est révélé un peu plus élevé. Vient ensuite un montant de 246.729 euros à ajouter pour couvrir les frais liés au centre Riedgen suite au décompte voté au point précédent.

Elle poursuit en évoquant le budget de l'Office social, qui doit être majoré de 100.000 euros pour répondre à une demande plus élevée que prévu en aides au logement. Elle rappelle toutefois que la moitié de cette somme sera remboursée par l'État, l'Office social étant financé à 50% au niveau national, mais que la commune doit malgré tout avancer les fonds.

Un autre point d'importance concerne la gestion du Skatepark. Constatant un énorme succès, également auprès de quelques jeunes en difficulté ou en manque de repères, la commune a décidé de prolonger partiellement l'offre, alors qu'elle était censée s'arrêter fin septembre.

L'échevine Anne Arend (CSV) insiste sur le fait que le Skatepark dépasse aujourd'hui largement sa vocation récréative. Il s'est transformé en espace social, voire familial pour certains. L'animateur Bijan Kessler joue un rôle proche de celui d'un streetworker. La commune prévoit donc de maintenir une présence encadrée pendant les mois d'hiver, avec une offre plus réduite mais ciblée, notamment avec des ateliers d'équilibre.

En parallèle, une réflexion est menée sur la mise en place d'une carte de membre annuelle. Celle-ci permettrait aux enfants d'accéder au prêt de matériel tout en apportant une meilleure traçabilité. Le volume de fréquentation est devenu si important qu'il est aujourd'hui difficile d'en assurer un suivi sans outil structurant. La carte permettrait de mieux encadrer les utilisateurs réguliers et d'assurer leur sécurité. Un tarif symbolique est envisagé, marquant ainsi la fin du « tout gratuit », et renforçant la conscience d'un engagement partagé. La gestion de ces cartes pourrait être confiée directement à Bijan Kessler, afin de simplifier la procédure.

Toujours dans cette logique de développement, elle évoque les perspectives offertes par l'ouverture prochaine de la nouvelle Maison des Jeunes, attendue pour avril 2026. Un partenariat naturel devrait naître entre la Maison des Jeunes et le Skatepark. point de location de matériel dans un espace partagé.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que la livraison du bâtiment de la nouvelle Maison des Jeunes est prévue pour novembre, suivie de l'aménagement intérieur, et que l'ouverture au public devrait se faire à temps pour le lancement de la saison de printemps. Il souligne que cette nouvelle Maison des Jeunes renforcera les synergies et permettra d'unifier les structures existantes dans une logique de proximité.

L'échevine Anne Arend (CSV) revient ensuite sur un autre point budgétaire : la « Kiermes » et la célébration des 175 ans de la commune. Le poste de la kermesse nécessite une augmentation de 30.000 euros, portant le total à 75.000 euros. À cela s'ajoute un nouveau poste budgétaire de 50.000 euros pour les festivités du 175e anniversaire. Le budget total dédié s'élève donc à 125.000 euros. Elle détaille ensuite le programme : la fête débutera le samedi avec une ouverture officielle,

suivie du « Hämelsmarsch », d'une exposition à la commune retraçant l'histoire de Strassen et d'un bal populaire dans une grande tente. Le dimanche sera consacré à la kermesse traditionnelle, avec repas et thé dansant dans le même chapiteau. Un magazine retraçant les 175 ans de la commune sera également distribué à tous les habitants.

Elle conclut son exposé par une note plus positive : la commune bénéficie d'un retour inattendu de 234.000 euros lié à la dissolution du Fonds de péréquation conjoncturale, décidée par le ministre de l'Intérieur. Ce fonds n'ayant plus d'utilité comptable, les montants sont redistribués aux communes selon leur part de contribution. D'autres recettes extraordinaires, attendues mais non encore budgétisées, viennent également s'ajouter pour un total de 868.000 euros.

Grâce à ces recettes, le boni budgétaire, qui était redescendu à 426.000 euros, est désormais de 585.000 euros. L'échevine souligne que cette marge permettra de terminer l'année dans de bonnes conditions.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) s'étonne de voir les frais liés aux 175 ans de Strassen inscrits en budget ordinaire, alors qu'il s'agit d'un événement unique. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que seules les dépenses amortissables peuvent figurer dans le budget extraordinaire ; une fête, même exceptionnelle, reste une dépense ordinaire.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) interroge ensuite sur un poste budgétaire lié à la crèche « Wibbel dewapp ». L'échevine Anne Arend (CSV) répond qu'il s'agit de frais de fonctionnement, liés au contrat SAS, notamment pour du personnel payé directement par la commune. La conseillère insiste sur le fait qu'un problème de façade est visible à l'entrée et espère qu'il sera prochainement réparé.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) se réjouit du succès du Skatepark et propose de réfléchir à la mise en place d'un club local, qui pourrait structurer davantage les activités et peut-être reprendre à terme certaines responsabilités, comme la gestion des cartes de membre ou du matériel. L'échevine Anne Arend (CSV) se dit tout à fait d'accord et indique que cette réflexion

est déjà amorcée avec Bijan Kessler. Cependant, l'initiative doit venir des jeunes eux-mêmes.

Le conseiller Daniel Thein (DP) évoque les limites du Skatepark en hiver, lorsqu'il pleut ou neige, et propose de réfléchir à la création d'un espace couvert. Il prend pour exemple le « Schluechthaus », la halle de Holle-rich, ancienne structure transformée en Skatepark. L'échevine Anne Arend (CSV) répond que faute de salle disponible à Strassen, une solution alternative pourrait consister à utiliser les minibus communaux pour emmener les jeunes vers d'autres infrastructures couvertes.

Toujours sur ce sujet, la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur l'âge minimum pour fréquenter le Skatepark sans surveillance. Le bourgmestre rappelle qu'il s'agit d'un espace ouvert et que la responsabilité incombe aux parents. Il confirme toutefois que les plus jeunes viennent généralement accompagnés.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) précise que certains parents déposent leurs enfants directement dans la « cuve » du Skatepark, ce qui représente un réel danger. Mais globalement, les très jeunes enfants sont encadrés par leurs parents.

La modification budgétaire est approuvée à l'unanimité.

5. Approbation de plusieurs actes notariés.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise qu'il s'agit de trois cessions gratuites.

La première concerne un terrain situé dans la rue des Carrières, la seconde dans la rue du Kiem, plus précisément au niveau des numéros 9 et 11. Le troisième acte concerne un terrain d'environ six ares et demi situé à l'angle de la rue Thomas Edison et de la rue des Primeurs.

Les trois actes sont approuvés unanimement.

6. Décision portant sur une autorisation d'ester en justice.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la commune a passé commande de travaux de menuiserie

auprès d'une entreprise pour un montant de 9 000 euros. Un acompte de 7 522 euros avait été versé à l'entreprise pour l'achat du bois nécessaire à l'exécution des travaux. Cependant, les travaux n'ont jamais été réalisés, et malgré plusieurs relances, l'entreprise ne souhaite pas rembourser l'acompte perçu. Le bourgmestre précise qu'il ne s'agit pas d'un cas de faillite, mais bien d'un refus manifeste de rembourser, rendant nécessaire une action en justice pour récupérer les fonds.

Le conseil communal accorde à l'unanimité l'autorisation d'engager une procédure judiciaire.

7. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente la demande introduite par la fanfare de Strassen, qui sollicite une aide financière exceptionnelle pour deux investissements spécifiques. Le premier concerne l'achat d'un saxophone ténor, destiné à un jeune membre des Stroossener Music Kids.

Le deuxième investissement concerne une série de nouveaux uniformes, notamment pour ses jeunes recrues, qui n'en possédaient pas encore. Le montant total de cette commande s'élève à 20.436 euros. En incluant l'achat du saxophone, le montant total des dépenses s'élève à 21.886,14 euros.

L'échevine précise qu'il est difficile, voire impossible, d'obtenir trois devis pour l'achat d'uniformes, les fournisseurs spécialisés étant peu nombreux. Elle précise que les uniformes servent essentiellement aux événements officiels de la commune comme la Fête nationale ou les commémorations.

Conformément au règlement communal, qui prévoit une participation d'un tiers pour ce type de dépenses, la commune propose donc d'accorder un subside extraordinaire de 7.295,38 euros.

Le subside est adopté à l'unanimité.

8. Adoption d'un contrat de location.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique ce contrat de location portant sur un terrain situé rue Bel Air,

destiné à accueillir deux Tiny Houses. La commune a conclu un accord avec la famille propriétaire du terrain. Ce contrat prévoit un loyer de 200 euros par mois, correspondant à 100 euros par maison installée. Cette location s'inscrit dans le projet plus large de la commune d'implanter plusieurs Tiny Houses à différents endroits du territoire.

En réponse à une question du conseiller Tun Gierenz (CSV), le bourgmestre précise que les maisons ne sont pas encore choisies : une procédure d'appel d'offres va être lancée, avec plusieurs lots selon les emplacements (notamment une autre parcelle dans le village pouvant accueillir 4 à 5 unités).

Le conseiller Daniel Thein (DP) remarque que la clause de résiliation du contrat de bail prévoit que la commune doit remettre le terrain dans son état initial, sauf accord pour que certains réseaux ou installations (canalisations, raccordements) soient conservés. Il veut savoir si le propriétaire pourrait profiter des infrastructures financées par la commune.

Le bourgmestre répond que le risque est quasi nul, car les fondations et raccordements des Tiny Houses sont très peu profonds et spécifiques à ce type d'habitat, ce qui les rend peu réutilisables pour une construction classique.

Il demande également si la clause concernant l'entretien du terrain, pris en charge par la commune, pourrait poser problème.

Le bourgmestre et l'échevine Anne Arend (CSV) précisent que tant qu'aucun locataire n'est présent, la commune est responsable de l'entretien. Une fois les logements occupés, l'entretien incombera aux résidents, comme cela est déjà le cas pour un précédent site.

La conseillère Lise Jørgensen (DP) interroge sur le calendrier d'occupation. Le bourgmestre indique que l'objectif est que les Tiny Houses soient installées au printemps et qu'un appel à candidatures sera à nouveau lancé pour attribuer les logements.

Concernant les critères de sélection, le conseiller Nicolas Kandel (DP) demande s'ils resteront les mêmes.

Il exprime également le souhait que ces logements puissent aussi être accessibles à des personnes aux revenus plus élevés, motivées par une démarche de vie minimaliste, et pas seulement à des profils sociaux spécifiques.

Le bourgmestre reconnaît que les critères de revenus précédents étaient sans doute trop stricts et seront revus à la hausse, sans pour autant totalement les supprimer.

Le conseiller Andrew Butler (CSV) demande un retour d'expérience sur l'occupation actuelle d'un Tiny House. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que le locataire actuel est très satisfait et maintient l'habitation en excellent état. À l'inverse, une situation passée avec deux personnes cohabitant dans une Tiny House avait entraîné des problèmes, notamment de ventilation et d'humidité. Pour les prochaines unités, notamment sur le second site, un container commun équipé de machines à laver et de sèche-linge sera mis à disposition pour éviter ces désagréments.

Le contrat est adopté à l'unanimité.

9. Nominations au sein des commissions consultatives locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe que Madame Victoria El Khoury est récemment revenue s'installer à Strassen, et a aussitôt exprimé son souhait de réintégrer la commission du vivre-ensemble interculturel. Elle est également active au niveau national dans ce domaine et a besoin, pour rester impliquée dans une commission nationale, d'être officiellement membre d'une commission communale locale. Par vote secret la demande de démission de Monsieur Edin Bobeta et la nomination de Madame Victoria El Khoury sont approuvés.

Il est à noter qu'à l'issue de ce point, le conseiller Paul Klensch (LSAP) quitte la séance pour participer à une conférence en ligne liée à son engagement scolaire.

10. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) propose de renoncer à un droit de préemption pour un terrain ce qui trouve l'accord unanime du conseil.

b) **Décision dans le cadre d'une demande de lotissement**
Ensuite, le conseil se penche sur une demande de lotissement concernant une maison sise rue Mathias Saur, Le propriétaire souhaite morceler la parcelle pour y construire plusieurs maisons.

Une discussion s'engage, notamment avec la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), qui s'interroge sur la vocation d'une autre parcelle voisine, appartenant au même propriétaire. Elle rappelle qu'à l'époque, cette zone était destinée à rester verte. Le bourgmestre partage cette perception, tout en promettant de vérifier à nouveau l'affectation exacte de cette partie.

c) Décision d'abrogation d'un lotissement

Vient ensuite la réunification de deux lots appartenant à Autopolis, initialement divisés mais désormais regroupés pour la construction d'un nouveau bâtiment. Le conseiller Daniel Thein (DP) s'inquiète d'une possible disparition de parkings, mais le bourgmestre le rassure : le nombre minimum sera respecté.

d) Décision dans le cadre d'une modification du PAP « Arlon-Kiem » (procédure allégée)

Ensuite, une modification du PAP « Arlon-Kiem » est soumise. Elle consiste à définir l'emplacement exact des logements à coût modéré dans le cadre d'un projet de la SNHBM. Ces logements sont désormais précisément localisés dans un bâtiment principal et un second à l'arrière.

e) Décision dans le cadre d'une modification du PAP « Pescher IV » (procédure allégée)

Autre projet discuté : la modification du PAP « Pescher IV », où la commune souhaite intégrer des Tiny Houses. Le bourgmestre précise que ce type d'habitat alternatif est désormais testé sur plusieurs sites à Strassen, avec l'appui du bureau Schroeder & Associés.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) pose des questions détaillées sur les règles d'implantation

(distance entre bâtiments, hauteurs, surfaces), ce qui donne lieu à une réponse approfondie du bourgmestre. Ce dernier explique que les paramètres sont en grande partie guidés par le cadre fixé par l'État, notamment pour rester sous le seuil de 50 m³ qui exempte de certaines obligations comme le passeport énergétique.

f) Décision dans le cadre d'une modification du PAP « Schoenacht » (procédure allégée)

Le PAP « Schoenacht » est également modifié. Il s'agissait ici surtout d'un ajustement technique pour faire concorder les parties graphique et écrite du dossier.

g) Approbation de la convention et du projet d'exécution du PAP « Sonore »

Concernant le PAP « Sonore », le bourgmestre présente un projet isolé situé sur la route d'Arlon. Un seul bâtiment est prévu, dans un quartier qui devait à l'origine se structurer en ensemble cohérent. Le terrain est cédé en partie à la commune, notamment pour anticiper un éventuel passage du tram. Toutefois, aucun logement abordable n'est prévu, la taille du projet étant insuffisante pour que cette obligation s'applique.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) profite de l'occasion pour émettre une critique générale sur la logique des « Nouveaux Quartiers », qui selon elle peinent à voir le jour dans leur cohérence d'ensemble et se réduisent souvent à des initiatives parcellaires et peu intégrées. Le bourgmestre partage ce constat, mais souligne aussi la difficulté d'exiger des propriétaires de terrains isolés qu'ils attendent une mise en œuvre globale hypothétique.

h) Approbation de la modification ponctuelle du PAG et du PAP QE « Kiem »

Enfin, le conseil entérine une modification du PAG et du PAP pour reclasser un terrain du quartier « Kiem », de la zone « Nouveau Quartier » vers le « Quartier Existant ». Cette reclassification vise à permettre au propriétaire de continuer à adapter ou améliorer sa maison sans être soumis aux contraintes rigides des zones à urbaniser.

Toutes les décisions prises dans ce vaste point urbanisme sont approuvées à l'unanimité.

11. Affaires de personnel :

a) Création d'un poste de salarié à tâche intellectuelle

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que ce poste concerne la fonction de coordinateur sportif, pour laquelle plusieurs candidatures ont été reçues, certaines provenant de personnes relevant du régime fonction publique A2, d'autres de la carrière B. Une procédure rigoureuse a été suivie : premier entretien, puis exercice écrit imposé à tous les candidats sélectionnés, avec la consigne de développer un projet en trois pages concernant le travail avec la jeunesse locale. Ensuite, les meilleurs profils ont été conviés à un second entretien.

À l'issue de cette démarche, un candidat s'est démarqué, relevant de la carrière B1. Conformément à la procédure, le conseil doit créer formellement le poste, l'engagement final étant du ressort du collège échevinal.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) remercie Madame Astrid Di Millo, responsable de la communication et des relations publiques, pour l'accès au dossier, soulignant l'intérêt des nombreuses propositions reçues. Il encourage le collège et le futur coordinateur à s'inspirer des idées avancées par tous les candidats dans leurs projets, estimant qu'aucune proposition ne s'imposait seule, mais que l'ensemble offrait un beau potentiel à combiner.

Le bourgmestre reconnaît cette idée, tout en rappelant qu'il faut faire attention à l'équilibre entre inspiration et appropriation. Il propose d'ailleurs que, pour des procédures complexes comme celle-ci, un membre de l'opposition soit intégré au processus de sélection, afin de garantir une transparence maximale.

La création du poste est ensuite approuvée sans opposition.

b) Création d'un poste de fonctionnaire communal

Pour cette création de poste il s'agit d'un cas interne : Madame Liliana Amado, actuellement en fonction au

bureau de la population, a réussi un changement de carrière et souhaite intégrer la carrière B. Pour que ce reclassement puisse être formalisé, la commune doit créer un poste B1 spécifique, les règles administratives ne permettant pas simplement de transformer un poste C1 existant en B1. Il ne s'agit donc pas d'un recrutement externe mais d'une reconnaissance de l'évolution professionnelle d'un agent déjà en poste.

La création de ce poste est également validée à l'unanimité.

c) Décision portant sur une promotion d'un fonctionnaire communal (huis clos)

Dans une séance à huis clos, les conseillers décident sur la promotion d'un fonctionnaire communal.

d) Décision portant sur une promotion d'un fonctionnaire communal (huis clos)

Également à huis clos, les conseillers décident sur la promotion d'un deuxième fonctionnaire communal.

12. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la discussion par une note empreinte d'émotion. Il informe les membres du conseil du décès récent de Monsieur Carlo Steimes, membre d'une commission communale, exprimant, au nom du collège échevinal et du conseil, les sincères condoléances à la famille. Il souligne combien de tels événements rappellent la fragilité de la vie et combien ils bouleversent toujours profondément les proches.

Le bourgmestre aborde ensuite en détail le sujet qui a récemment occupé l'attention de la population : la pollution ponctuelle de l'eau potable. Il souhaite rectifier certaines rumeurs et préciser la chronologie exacte des faits. Le vendredi après-midi, vers 14h30, le laboratoire a téléphoné pour signaler la présence de bactéries coliformes dans une des sources alimentant le réseau communal.

À 14h45, le bourgmestre s'est rendu à la maison communale, rejoint peu après par la responsable de la communication, et à 15h00, la commune avait déjà

publié une communication officielle recommandant de ne pas consommer l'eau sans la faire bouillir.

Contrairement à certaines affirmations circulant sur les réseaux sociaux, la contamination n'était donc pas connue la veille, mais bien le jour même, quelques minutes avant la communication publique.

Le bourgmestre explique ensuite que la présence de coliformes, bien que détectée en quantité très faible – toujours inférieure à 20 unités – impose une réaction immédiate, car la norme légale est claire : la limite est zéro. Il rappelle que de telles contaminations peuvent se produire après de fortes pluies, lorsque des « sources nerveuses », très sensibles aux variations météorologiques, laissent passer des impuretés dans le réseau.

Le risque sanitaire réel restait très faible, mais la loi impose une communication immédiate dès que la valeur mesurée n'est plus conforme. Une contre-analyse a été effectuée le lundi suivant, les résultats étant revenus favorables le mardi, confirmant que l'eau était à nouveau parfaitement potable.

Revenant sur la gestion de l'incident, le bourgmestre reconnaît que cette expérience permettra d'améliorer encore la procédure d'urgence. La commune va revoir son protocole interne afin de s'assurer que toutes les structures sensibles – crèches, écoles, restaurants, entreprises importantes – soient averties rapidement et par les bons canaux.

Il insiste également sur l'importance du système SMS2Citizen, qui permet d'informer directement la population par message. Ce service, selon lui, doit être davantage promu afin que chaque habitant puisse recevoir les alertes en temps réel.

Enfin, il annonce que la communication vers le conseil communal lui-même sera revue : les conseillers recevront désormais un courriel spécifique dès qu'une situation d'urgence est signalée, afin de pouvoir répondre aux questions des citoyens de manière cohérente et informée.

Le bourgmestre passe ensuite à des nouvelles plus positives, notamment celles concernant le nouveau terrain de football. Les travaux avancent très bien et le premier match test est prévu pour le dimanche 26

octobre contre Rodange. Ce premier match permettra de vérifier le bon fonctionnement des installations techniques avant l'inauguration officielle, fixée au dimanche 23 novembre à 15 heures, avec une cérémonie suivie d'un match à 17 heures contre Differdange. Il se réjouit que le chantier soit désormais en phase finale et qu'aucun retard critique ne soit à signaler.

Il évoque également l'initiative « Fit duerch de Summer », un programme sportif organisé durant l'été dans différents lieux de la commune : le Skatepark, les terrains de beach volleyball, le Parc de l'Indépendance et le Parc Riedgen ou encore le « Outdoor Fitness » au sein du Parc de l'Indépendance et le Fräiheitsbam. Les activités ont rencontré un vif succès et ont attiré une large participation de la population. Le futur coordinateur sportif aura pour mission de s'en inspirer et de développer une nouvelle édition encore plus variée pour l'année prochaine.

Le bourgmestre revient aussi sur le grand camp scout organisé récemment à Strassen, qui a réuni plus de mille participants. L'événement s'est déroulé dans le calme et sans incident majeur, grâce à une organisation remarquable des responsables scouts et des équipes communales. Il salue le professionnalisme du personnel communal, qui s'est également fortement investi dans le « Stroossefestival » et d'autres événements estivaux, contribuant à donner une image positive et dynamique de la commune.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) félicite à son tour les agents communaux pour leur travail lors du camp scout, qualifié d'exemplaire. Concernant la problématique de l'eau potable, il estime que la communication a globalement été efficace, même si certains habitants ont trouvé qu'elle manquait de précisions, notamment sur les délais de la contre-analyse. Selon lui, il aurait été utile d'indiquer dès le départ qu'une nouvelle analyse était prévue pour le lundi, afin d'éviter la confusion.

Le conseiller Daniel Thein (DP) abonde dans ce sens. Il reconnaît la réactivité du collège mais souligne que la communication vers la population a pu sembler « incomplète » et parfois « maladroite ». Certains habitants, dit-il, n'avaient plus d'informations pendant plusieurs jours et se demandaient si le problème était résolu. Il mentionne également un manque de

signalisation aux fontaines publiques, notamment celle du Skatepark, où des enfants se seraient encore servis de l'eau le dimanche. Selon lui, il faudra à l'avenir veiller à signaler clairement les points d'eau concernés.

Il félicite par ailleurs l'organisation du « Stroossefestival », qui a connu une belle réussite, mais remarque que les blocs de béton servant à sécuriser le périmètre étaient mal placés : trop éloignés, ils auraient laissé la possibilité à un véhicule de s'engager à grande vitesse dans la foule. Il suggère donc de rapprocher ces dispositifs de sécurité lors des prochaines éditions.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) s'enquiert d'une interview diffusée sur Radio 100,7, dans laquelle il aurait été question d'un possible centre pour primo-arrivants à Strassen. Le bourgmestre répond que cette idée ne repose sur aucun projet concret. Aucun terrain n'a été identifié et, même si la commune ne s'oppose pas à un tel projet sur le principe, la réglementation actuelle en matière de plan d'aménagement général (PAG) rendrait toute installation immédiate impossible. Il conclut que « rien n'est prévu à ce jour ».

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) attire ensuite l'attention sur l'état de la piste cyclable qui descend le long du Reckenthal, derrière le stand de tir. La pente est forte, admet-elle, mais elle semble aussi peu entretenue et donc dangereuse pour les cyclistes. Elle demande que la commune examine la question. Elle soulève également un problème de transport public : les habitants du centre de Strassen n'ont actuellement pas de bus direct vers le CHL, l'hôpital de Luxembourg, car toutes les lignes empruntent la Route d'Arlon. Le bourgmestre rappelle que le Bus@Stroossen permet précisément de relier le centre à la Route d'Arlon et invite les habitants à utiliser ce service, créé à cet effet.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient à son tour sur la gestion de la crise de l'eau. Il souhaite savoir comment la cellule de crise communale est organisée et si celle-ci est également prête à réagir à d'autres types de situations, comme une panne électrique majeure ou une cyberattaque, thématique d'actualité.

Il mentionne les récentes recommandations du SIGI demandant aux communes de vérifier leurs sauvegardes informatiques. Concernant la communication, il

regrette que le conseil communal n'ait pas été informé individuellement lors de l'incident, contrairement à ce qui avait été fait lors d'événements passés, comme l'explosion d'une bouteille de gaz à l'école. Selon lui, les élus auraient dû recevoir un message clair afin de pouvoir répondre de manière cohérente aux habitants qui les interpellaient.

Il évoque ensuite la question de Hoplr, le réseau de voisinage utilisé à Strassen, rappelant qu'il existait un accord tacite entre élus pour ne pas l'utiliser à des fins politiques. Il constate que le bourgmestre a publié un message sur Hoplr en son nom, et estime qu'il aurait été préférable que la communication passe par le compte officiel de la commune.

Le bourgmestre admet qu'il aurait pu procéder autrement, mais explique avoir voulu réagir rapidement et promet que la politique de communication sera clarifiée pour éviter toute ambiguïté à l'avenir.

Le conseiller Klensch clôt son intervention en félicitant l'organisation du « Stroossefestival », qui s'est déroulé sur deux jours et a rencontré un grand succès populaire. Il salue la qualité de la programmation, notamment les concerts du vendredi soir, très apprécié du public. Il propose toutefois quelques ajustements pour les futures éditions : repenser le moment de l'inauguration officielle, offrir une scène plus grande pour les artistes majeurs et mieux réguler l'accès aux spectacles les plus demandés, la tente s'étant rapidement retrouvé complète.

Le bourgmestre partage cette analyse, reconnaissant que la structure était un peu trop petite, mais souligne le bon travail des équipes d'organisation, notamment de l'échevine Betty Welter-Gaul, du coordinateur Greg Lamy et de l'ensemble du service culturel.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervient à son tour pour évoquer la dérive du réseau Hoplr, qu'elle estime de plus en plus envahi par des plaintes, des critiques et des photos de personnes circulant dans le quartier. Elle déplore qu'un outil conçu pour renforcer la solidarité de voisinage soit devenu un espace de suspicion et de délation.

L'échevine Anne Arend (CSV) lui répond que la plateforme est modérée et que les publications

inappropriées peuvent être signalées puis supprimées. Elle reconnaît néanmoins que certains abus persistent. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande ensuite que les membres du conseil soient systématiquement informés des réponses envoyées par le collège échevinal lorsque des citoyens adressent des courriers en copie à l'ensemble des élus. Elle estime que cela éviterait que les conseillers paraissent indifférents lorsqu'ils sont interpellés.

Elle pose également une question sur la station de colis (Pakstation) initialement prévue près du Pall Center. Le bourgmestre explique que le projet ne se fera pas à cet endroit, en raison de la proximité des habitations, mais qu'une station sera installée près du parking Saint-Exupéry et une autre près du Parc Riedgen, dans des zones plus appropriées.

La conseillère mentionne encore le désordre permanent autour du Pall Center, où des sacs Valorlux et des déchets traînent régulièrement sur les trottoirs. Elle juge l'endroit « peu digne d'une carte de visite pour la commune ». Le bourgmestre reconnaît le problème et promet d'en discuter avec les responsables.

Elle revient enfin sur la convention « Génération sans tabac », récemment signée par la commune, observant que de nombreuses personnes continuent à fumer devant certaines boulangeries et commerces. Le bourgmestre partage le constat et annonce qu'il reprendra contact avec les personnes concernées afin d'améliorer la situation.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) attire ensuite l'attention sur la vitesse excessive des voitures dans les quartiers Pescher III et IV. De nombreux

enfants y circulent à pied ou en trottinette, et certains automobilistes roulent très vite, surtout à la sortie du quartier Pescher IV par la rue des Lavandes vers la Route de Reckenthal. Elle s'étonne qu'aucun accident grave ne soit encore survenu. Le bourgmestre répond que la seule mesure vraiment efficace serait la pose de ralentisseurs, mais reconnaît que leur installation provoque souvent des protestations de la part des riverains.

L'échevine Anne Arend (CSV) informe que la commune a demandé officiellement aux Ponts et Chaussées d'abaisser la vitesse maximale à 50 km/h entre Strassen et Reckenthal.

Le conseiller Daniel Thein (DP) signale pour sa part une incohérence de signalisation entre Bridel et Steinsel, où une zone 70 débouche brusquement sur une zone 30.

Il évoque également un incident survenu à l'école : un sans-abri a été aperçu dormant sous un abri près du ping-pong, ce qui a provoqué la peur parmi les enfants.

L'échevine Anne Arend précise qu'il n'y a eu aucun danger réel : la police est intervenue immédiatement, les consignes de sécurité ont été suivies à la lettre et un message explicatif a été envoyé aux parents du cycle concerné. Elle ajoute qu'il s'agit d'un homme connu des services communaux, souvent aperçu dans la région, qui ne présente pas de menace mais cherche régulièrement un abri en cas de pluie.

Le bourgmestre conclut la séance en remerciant l'ensemble des conseillers pour leurs interventions et les équipes communales pour leur engagement. La séance est levée à 16h55.

Meeting of the Municipal Council of 25 September 2025

AGENDA

1. Approval of the minutes of the meetings of 12 June 2025 and 10 July 2025.
2. Traffic and mobility:
 - a) Confirmation of temporary traffic regulations
 - b) Approval of amendment no. 22 to the General Traffic Regulation
3. Approval of the 2022 Riedgen Centre audit report.
4. Decision on a one-off amendment to the 2025 budget.
5. Approval of several notarial deeds.
6. Decision on an authorisation for litigation.
7. Extraordinary subsidy for a local association.
8. Adoption of a lease.
9. Appointments to local advisory committees.
10. Urban planning:
 - a) Decision on the exercise of a right of pre-emption
 - b) Decision on a subdivision application
 - c) Decision to repeal a subdivision
 - d) Decision regarding a modification to the "Arlon-Kiem" Special Development Plan (PAP) (simplified procedure)
 - e) Decision on an amendment to the "Pescher IV" Special Development Plan (simplified procedure)
 - f) Decision on an amendment to the "Schoenacht" Special Development Plan (PAP) (simplified procedure)
 - g) Approval of the agreement and implementation plan for the "Sonore" Special Development Plan (PAP)
 - h) Approval of the specific amendment to the "Kiem" General Development Plan (PAG) and the Existing Neighbourhood Special Development Plan (PAP)
11. Staff matters:
 - a) Creation of a position for intellectual tasks
 - b) Creation of a municipal civil servant position
 - c) Decision on the promotion of a municipal civil servant (in camera)
 - d) Decision on the promotion of a municipal civil servant (in camera)
12. Any other business.

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); alderwomen, Marc Fischer (DP); Jean Claude Roob (LSAP), members of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) took note of the excused absences. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) had given her proxy to Alderwoman Anne Arend (CSV); Councillor Marc Fischer (DP) had given his to Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP); and Councillor Jean Claude Roob (LSAP) had awarded his to Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP).

1. Approval of the minutes of the meetings of 12 June 2025 and 10 July 2025.

The minutes of the meetings of 12 June and 10 July 2025 were unanimously approved.

2. Traffic and mobility:

a) Confirmation of temporary traffic regulations

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the temporary traffic regulations, which were adopted unanimously.

b) Approval of amendment no. 22 to the General Traffic Regulation

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that this item concerned Rue des Thermes, specifically the section located below the swimming pool. The redevelopment of access to the new football pitch meant that the traffic and parking rules in the area needed to be reviewed, mainly with the prevention of illegal parking and safety in mind.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked for clarification on the management of parking around the football pitch. She had some concerns about the car park's capacity to cope with the influx of people, especially on match or youth practice days. She also pointed out that some drivers could take advantage of these spaces to use them as overflow parking or to go the thermal baths when the swimming pool car park was full.

The Mayor explained that around 25 parking spaces would be reserved for the football pitch, and that the plan included a large 60-space public car park nearby to accommodate parents and visitors. He added that on match days, a parking plan would be distributed along with the invitations. This plan would include the school car parks, which were within walking distance of the pitch via a shortcut. According to him, the current offer already exceeds what is available today around the existing site, particularly in Rue Feyder.

As to the risk of the parking spaces being misused by commuters or customers of "Les Thermes", the Mayor acknowledged the problem and mentioned some of the preventive measures under consideration, e.g. the installation of a municipal parking meter to discourage drivers from parking there. The idea to install an access barrier had been shelved, because it would be reserved for internal access to the pitch.

The item was approved unanimously.

3. Approval of the 2022 Riedgen Centre audit report.

The 2022 audit report for the Riedgen Centre was drafted by new auditors. Mayor Nico Pundel (CSV) expressed his satisfaction with the format of the document, praising its clear, transparent and well-structured presentation. He told the participants about the €516,000 deficit, divided between €219,000 related to catering (including meal delivery and supervision) and €297,605 for the management of apartments. He highlighted the interesting data on the monthly cost per accommodation unit based on surface area, which would allow the Municipal Council to assess the evolution of costs for 2023 and 2024.

The Mayor raised the possibility of a rate adjustment, maintaining stable rents for the current residents

but applying a higher rate to newcomers in order to mitigate the growing gap between costs and revenue. He then discussed the construction of a new Integrated Centre for the Elderly (CIPA). The project was now ready, and the Municipality was awaiting feedback from the Ministry to determine the level of subsidies. A meeting was also planned with the new majority in Bertrange to explore a possible collaboration on their project for an Integrated Centre for the Elderly (CIPA). However, the Mayor indicated that he was leaning towards an independent solution for Strassen, which would be more suited to the local circumstances.

Councillor Daniel Thein (DP) thanked the Mayor for having considered the proposal to increase rents, which he had made in conjunction with his colleague-councillor Marc Fischer. He pointed out that the expenses had risen sharply but the income had stagnated. He noted that the current situation was clearly unsustainable in the medium term and that it was imperative to take action to increase revenue if the costs could not be reduced. He also asked for details on the duration of the contract with Sodexo, the residence manager.

The Mayor replied that this type of contract was not systematically the object of a call for bids unless there was a major problem with the provider. In general, if there were no issues, the same service provider was retained.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agreed with her colleague and congratulated the auditors on their clear report. She also appreciated the detailed information on staffing levels. She asked if the 12 employees assigned to the kitchen worked full-time. The Mayor explained that most of them were employed on a part-time basis, mainly for home meal deliveries and internal catering.

The Councillor then raised the issue of the initial contractual framework, which dated from the Centre's opening, when the facility was aimed at independent tenants. However, demographic changes and the ageing population meant that some residents now required more care. She proposed a review of the Sodexo contract and suggested rethinking the way catering was managed, for example by outsourcing it entirely to an external operator, as was done elsewhere. She added

that an increase in rent would not compensate for the losses and called for a structural review.

The Mayor confirmed that such a review was already underway. The Municipality had already expressed its concerns to Sodexo and a meeting with them had been scheduled. He acknowledged the possibility that some post-Covid decisions may have led to inflated costs, particularly in relation to care provision, and that it was necessary to return to more sustainable levels. He pointed out that thanks to the extra support received, residents were able to remain in their homes until they were very old, which was not necessarily part of the initial plan. He emphasised the importance of constructive dialogue with the service provider, whoever it may be, in order to rebalance costs.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) also underscored that the Centre's human-centred approach was commendable: even in serious cases, such as that of a resident who recently died after a serious illness, the person was able to remain in their home, which she saw as evidence of good care.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) concluded by pointing out that it would be wise to review the exact terms of the original contract, signed 25 years ago, to check whether it was still in line with current circumstances.

The Mayor agreed that a review was indeed necessary, including for ancillary services such as the park's refreshment bar, which was also managed by Sodexo.

The 2022 audit report for the Riedgen Centre was unanimously approved.

4. Decision on a one-off amendment to the 2025 budget.

Alderwoman Anne Arend (CSV) told the councillors that the need for this one-off amendment to the 2025 budget was the result of a series of additional expenses that were mainly related to day-to-day operations.

These included small increases related to recently recruited employees who were given the required clothing, IT equipment and telephones, thus resulting

in additional costs. Some maintenance contracts had also been adjusted upwards. In addition, there had been some unforeseen expenditure, such as vehicles breaking down sooner than expected.

Among the most significant items, an additional bill of €61,344 had to be paid to the Employment Fund, for which the estimate had been calculated at the end of the year, but the bill was slightly higher than expected. Moreover, €246,729 were added to cover the costs associated with the Riedgen Centre following the calculation voted on under the previous agenda item.

She went on to mention the budget for the Social Office, which had to be increased by €100,000 to meet the demand for housing assistance, which was higher than forecast. She pointed out that half this amount would be reimbursed by the State, because 50% of costs related to the Social Office were covered on the national level. That said, the Municipality had to advance the funds.

Another important point concerned the management of the Skatepark. Noting its great success, including among some troubled teens and youths lacking guidance, the Municipality had decided to partially extend the offer beyond the end of September (the initial termination date).

Alderwoman Anne Arend (CSV) said that the Skatepark's role went far beyond its primary recreational purpose. It had become a space for socialising, even for families in some cases. The duties fulfilled by the Skatepark facilitator, Bijan Kessler, were akin to those of an outreach worker. Bearing this in mind, the Municipality planned to continue supervising the Skatepark during the winter, offering a more limited but targeted programme, which would include balance workshops.

The introduction of an annual membership card that would allow children to borrow traceable equipment was under consideration. There were so many people at the Skatepark that it had become difficult to monitor lent materials without a structured tool. A membership card would also make it easier to supervise regular skaters and ensure their safety. A nominal fee was under discussion. This would mark the end of the provision of

everything for free and would reinforce the awareness of the need for shared commitment. Bijan Kessler could be entrusted with managing the membership cards, thus simplifying the procedure.

The Alderwoman continued along the same lines, mentioning the opportunities that would be offered once the new Youth Center opened in April 2026. The Youth Center and the Skatepark would probably partner up naturally, with the equipment rental point being provided in a shared space.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the new building for the Youth Center was supposed to be finished in November, after which it would be fitted out. It was scheduled to open to the public at the start of spring. He emphasised that the new Youth Center would strengthen synergies and allow existing bodies to create links thanks to their proximity.

Alderwoman Anne Arend (CSV) then returned to another budgetary item: the “Kermesse” and the celebration of the Municipality’s 175th anniversary. The budget for the local kermesse needed to be increased by €30,000, bringing the total cost to €75,000. In addition, there was a new budget item of €50,000 for the 175th anniversary celebrations. The total budget allocated was therefore €125,000. She detailed the programme: the celebrations would begin with an official opening ceremony on Saturday, followed by the “Hämmelsmarsch” parade, an exhibition in the Town Hall tracing the history of Strassen and a public dance in a large marquee. Sunday would be devoted to the traditional fair, with a meal and an afternoon dance in the marquee. A magazine tracing the 175 years of the Municipality would be distributed to all the residents.

She concluded her presentation on a more positive note: the Municipality would benefit from an unexpected reimbursement of €234,000 resulting from the dissolution of the Economic Equalisation Fund, as decided by the Minister of the Interior. This Fund no longer served any accounting purpose, so its funds were redistributed to the municipalities proportionally to their share of contributions. Other expected extraordinary revenue that had not yet been budgeted for would bring the total to €868,000.

Thanks to this, the budget surplus would rise from €426,000 to €585,000. The Alderwoman emphasised that this margin meant the year would end on a positive note.

Councillor Nicolas Kandel (DP) was surprised to see the costs associated with Strassen’s 175th anniversary included in the ordinary budget, given that this was a one-off event. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that only depreciable expenses could be included in the extraordinary budget. Celebrations, even if they were a one-time event, were considered an ordinary expense.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about a budget item related to the “Wibbelde wapp” crèche. Alderwoman Anne Arend (CSV) replied that these were operating costs related to the SAS contract, in particular for staff paid directly by the Municipality. She added that there was an obvious problem with the façade at the entrance and hoped that it would be repaired soon.

Councillor Paul Klensch (LSAP) was glad the Skatepark was such a success. He suggested setting up a local club to provide more structure for activities. It may even be able to take on some responsibilities, such as managing membership cards or equipment. Alderwoman Anne Arend (CSV) agreed wholeheartedly and said that discussions were already underway with Bijan Kessler. However, initiatives such as those had to stem from the young people themselves.

Councillor Daniel Thein (DP) mentioned the limitations of the Skatepark in winter, e.g. when it rained or snowed. He suggested the creation of a covered space. He gave the example of the “Schluechthaus” in Hollerich, which was an old structure that had been converted into a skatepark. Alderwoman Anne Arend (CSV) responded that there was no such suitable venue available in Strassen. An alternative could be to use municipal minibuses to take the young people to other covered facilities.

Still on this subject, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about the minimum age for using the Skatepark without supervision. The Mayor pointed out that it was an open space and that only the parents were liable for their children’s safety.

He confirmed that younger children were generally accompanied though.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) pointed out that some parents dropped their children off directly at the Skatepark and that this posed a real risk, but for the most part, very young children were under parental supervision.

The budget amendment was approved unanimously.

5. Approval of several notarial deeds.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the deeds in question concerned three free transfers.

The object of the first deed was a plot of land located on Rue des Carrières, the second was for a plot on Rue du Kiem (nos. 9 and 11), and the third was for a plot of land measuring approximately 6.5 acres located at the corner of Rue Thomas Edison and Rue des Primeurs.

The three deeds were unanimously approved.

6. Decision on an authorisation for litigation.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the Municipality had commissioned carpentry work from a company for a total of €9,000. A deposit of €7,522 was paid to the company for the purchase of the wood for the project. However, the work was never completed, and despite several reminders, the company had refused to refund the deposit. The Mayor stressed the fact that the company had not gone bankrupt, and it was a clear case of a simple refusal to reimburse the deposit, thus making it necessary to take legal action against them.

The Municipal Council unanimously granted the authorisation to launch legal proceedings.

7. Extraordinary subsidy for a local association.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented the request submitted by the “Fanfare Stroossen”, Strassen brass band to the Municipality for exceptional financial assistance for two specific investments.

The first concerned the purchase of a tenor saxophone for a young member of the “Stroossener Music Kids”.

The second was for new uniforms for the young members who did not yet have one. The cost of the order would be €20,436. Along with the purchase of the saxophone, the total amount would be €21,886.14.

The Alderwoman pointed out that it would be difficult – maybe even impossible – to get three quotes for the purchase of uniforms, as there were few specialist suppliers. She explained that the uniforms were mainly used for official events in the Municipality, such as the National Day or other commemorations.

In accordance with municipal regulations, which set forth the provision of a contribution amounting to one-third of the expense in cases such as these, the Municipality proposed to grant an extraordinary subsidy of €7,295.38 to the association.

The decision was adopted unanimously.

8. Adoption of a lease.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the lease in question concerned the rental agreement for a plot of land on Rue Bel Air to accommodate two Tiny Houses. The Municipality had reached an agreement with the family that owned the land. The rent was set at €200 per month, corresponding to €100 per house. This rental project was part of the Municipality’s broader intention to install several Tiny Houses in different locations within its territory.

In response to a question from Councillor Tun Gierenz (CSV), the Mayor clarified that the houses had not yet been chosen: a call for bids for several plots (location-dependent) would be launched (including another plot in town that could accommodate 4 to 5 units).

Councillor Daniel Thein (DP) noted that the termination clause in the lease stipulated that the Municipality had to restore the land to its original condition unless an agreement to leave some networks or installations (e.g. pipes or connections) was reached. He wanted to know whether the owner could benefit from the infrastructures financed by the Municipality.

The Mayor replied that the risk of that happening was virtually nil, as the foundations and connections for Tiny Houses were very shallow and structure-specific, making them unsuitable for conventional construction at a later stage.

He also asked whether the clause concerning the maintenance of the land, which fell under the responsibility of the Municipality, could pose a problem.

The Mayor and Alderwoman Anne Arend (CSV) responded that the Municipality was responsible for maintenance as long as there were no tenants. Once the dwellings were occupied, however, this responsibility was transferred to the residents, as had already happened in the case of a previous site.

Councillor Lise Jørgensen (DP) asked about the occupancy schedule. The Mayor said that the goal was for the Tiny Houses to be built in the spring and that a call for applications would be launched again to allocate the homes.

Councillor Nicolas Kandel (DP) asked whether the selection criteria would remain the same. He also expressed the wish that these homes should be accessible to people with higher incomes who wanted a minimalist lifestyle and not just reserved for specific social profiles.

The Mayor acknowledged that the previous income criteria were undoubtedly too strict and would be revised upwards, but they would not be completely abolished.

Councillor Andrew Butler (CSV) asked for information on the current occupancy of a Tiny House.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the current tenant was very satisfied and kept the dwelling in excellent condition. In another case, however, there had been issues (e.g. ventilation and humidity) with two people living together in a Tiny House. For future units, such as on the second site, a shared container equipped with washing machines and tumble dryers would be provided to avoid such problems.

The contract was adopted unanimously.

9. Appointments to local advisory committees.

Mayor Nico Pundel (CSV) announced that Ms Victoria El Khoury had recently returned to Strassen and that she had immediately expressed her wish to rejoin the Committee for Intercultural Living Together. She was also active in this field on the national level and, in order to remain involved on the national committee, she had to be an official member of a municipal committee. By means of a secret ballot vote, Mr Edin Bobeta's resignation and Ms Victoria El Khoury's appointment were approved.

It should be noted that Councillor Paul Klensch (LSAP) left the meeting at this stage in order to participate in an online school-related conference.

10. Urban planning:

a) Decision on the exercise of a right of pre-emption

Mayor Nico Pundel (CSV) proposed waiving the right of pre-emption for a plot of land. This proposal was unanimously approved.

b) Decision regarding a subdivision application

The Council then considered a subdivision request concerning a house located on Rue Mathias Saur. The owner wanted to subdivide the plot to build several houses.

A discussion ensued. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked why two neighbouring plots should belong to the same owner. She also pointed out that that area was supposed to remain green. The Mayor shared these views and committed to re-examining the exact usage of this plot.

c) Decision to revoke a subdivision

The reunification of two plots belonging to Autopolis was discussed. The initial plot had been split but then merged once again for the construction of a new building. Councillor Daniel Thein (DP) expressed concern about the possible loss of parking spaces, but the Mayor reassured him that the minimum number would be respected.

d) Decision regarding a modification to the “Arlon-Kiem” Special Development Plan (PAP) (simplified procedure)

An amendment to the “Arlon-Kiem” Special Development Plan (PAP) was submitted. It consisted of defining the exact location of affordable housing as part of a National Low-Cost Housing Administration (SNHBM) project. Specifically, these homes were located in a main building and a second building at the rear.

e) Decision on an amendment to the “Pescher IV” Special Development Plan (simplified procedure)

Another project discussed was the amendment to the “Pescher IV” Special Development Plan (PAP), to which the Municipality wanted to incorporate Tiny Houses. The Mayor explained that this type of alternative housing was being tested at several sites in Strassen, with the support of the Schroeder & Associés firm.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked specific questions about the applicable installation rules (e.g. distance required between buildings, heights, surface areas), which prompted a detailed response from the Mayor. He explained that the criteria were largely set forth by the State. He highlighted the condition pertaining to the size of the homes: due to the fact they had to be under 50 m², it exempted them from certain obligations (e.g. the energy passport).

f) Decision on an amendment to the “Schoenacht” Special Development Plan (PAP) (simplified procedure)

The “Schoenacht” Special Development Plan (PAP) was also the object of amendments. These mainly concerned a technical adjustment to bring the graphic and written parts of the file into line with each other.

g) Approval of the agreement and implementation plan for the “Sonore” Special Development Plan (PAP)

With regard to the “Sonore” Special Development Plan (PAP), the Mayor presented an isolated project located

on Route d’Arlon. Only one building was planned, in a neighbourhood that was originally intended to be structured as a coherent whole. Part of the land would be transferred to the Municipality in anticipation of the possible construction of a tram line segment. However, no affordable housing had been planned there because the project was too small for that obligation to apply.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) took the opportunity to express her critical views of the logic behind the “New Neighbourhoods” concept. In her view, they were struggling to become a coherent whole and often amounted to fragmented and poorly integrated initiatives. The Mayor agreed with her, but he added that it was difficult to demand that the owners of individual plots of land wait for a hypothetical overall implementation plan.

h) Approval of the specific amendment to the “Kiem” General Development Plan (PAG) and the Existing Neighbourhood Special Development Plan (PAP)

Finally, the Council approved an amendment to the General Development Plan (PAG) and to the Special Development Plan (PAP) to reclassify a plot of land in the “Kiem” neighbourhood from the “New Neighbourhood” zone to the “Existing Neighbourhood” one. This reclassification aimed to allow the owner to continue adapting or improving their house without being subject to the rigid constraints of urbanisation zones.

All decisions taken on this broad urban planning issue were approved unanimously.

11. Staff matters:

a) Creation of a position for intellectual tasks

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that a sports coordinator position had been created. Applications had been received from people in the A2 civil service category and from the B category. The selection procedure was rigorous: there was an initial interview, then a written exercise for all the pre-selected candidates, with instructions to develop a three-page project on working with local young people. The best candidates had been invited to a second interview.

At the end of this process, one candidate stood out, falling under the B1 category. In accordance with the procedure, the Council had to formally create the position, with the final decision resting with the College of the Mayor and Alderwomen.

Councillor Paul Klensch (LSAP) thanked Ms Astrid Di Millo, Head of Communications and Public Relations, for providing access to the file. He highlighted the many interesting proposals that had been submitted. He encouraged the Council and the future coordinator to draw inspiration from all the candidates' ideas. He believed that individually, none of the proposals stood out, but that in combination with each other, they offered great potential.

The Mayor acknowledged this suggestion, while pointing out that a balance had to be struck between inspiration and appropriation. He also proposed that, for complex procedures such as this one, a member of the opposition should be included in the selection process to ensure maximum transparency.

The creation of the post was then approved without opposition.

b) Creation of a municipal civil servant position

This was an internal appointment: Ms Liliana Amado, who worked in the Population Office, had successfully changed positions and wished to join the B category. For this reclassification to be formalised, the Municipality had to create a specific B1 post because administrative rules did not allow an existing C1 post to be converted into a B1 post. This was not a case of external recruitment but one of internal professional development.

The creation of this post was unanimously approved.

c) Decision on the promotion of a municipal civil servant (closed session)

In a closed session, the councillors decided on the promotion of a municipal civil servant.

d) Decision on the promotion of a municipal civil servant (closed session)

In a second closed session, the councillors decided on the promotion of another municipal civil servant.

12. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the discussion with some sad news. He informed the Council members of the recent death of Mr Carlo Steimes, a member of a municipal committee, and expressed his sincere condolences to the family on behalf of the College of the Mayor and Alderwomen and the Council. He emphasised how such events reminded us of how fragile life could be and how deeply those close to the deceased were affected.

The Mayor then went into detail about the issue that had recently been the focus of public attention: the temporary contamination of drinking water. He wanted to put some rumours to rest and clarify the exact sequence of events. On Friday afternoon, at around 2.30 p.m., the laboratory had called to report the presence of coliform bacteria in one of the sources supplying the municipal network.

At 2:45 p.m., the Mayor went to the Town Hall, where he was quickly joined by the Communications Officer, and by 3 p.m., the Municipality had already issued an official statement recommending that the water not be consumed without boiling it first.

Contrary to some claims circulating on social media, nothing was known about the contamination the day before. Only on the day itself were these facts known, a few minutes before the public announcement.

The Mayor went on to explain that although the coliform bacteria were detected in very low quantities (always less than 20 units), immediate action was required because the legal threshold was clear: there could be none at all. He pointed out that such contaminations could occur after heavy rainfall, when some highly weather-sensitive sources could allow impurities to enter the network.

The actual health risk remained very low, but the law required immediate notification as soon as the measured values were no longer compliant. A counter-analysis was carried out the following Monday, with

good results coming back on Tuesday, confirming that the water was once again safe to drink.

Looking back on how the incident was managed, the Mayor acknowledged that this experience would help further improve the emergency procedure. The Municipality would review its internal protocol to ensure that all sensitive structures (e.g. nurseries, schools, restaurants, large businesses) would be notified quickly and through the appropriate channels.

He also emphasised the importance of the SMS2Citizen system, which allowed text messages to be sent directly to the citizens. In his opinion, this service should be promoted more widely so that every resident could receive alerts in real time.

Finally, he announced that communication with the Municipal Council itself had been reviewed: councillors would now receive a specific email as soon as an emergency was reported, thus permitting consistent and well-informed responses to the citizens' questions.

The Mayor then moved on to more positive news. Regarding the new football pitch, work was progressing very well and the first test match (against Rodange) was scheduled for Sunday 26 October. This would allow the verification of the technical facilities before the official inauguration, scheduled for Sunday 23rd November at 3 p.m., which would involve a ceremony followed by a match against Differdange at 5 p.m. He was delighted that the project was now in its final stage and that there were no critical delays to report.

He also mentioned the "Fit duerch de Summer" initiative, a sports programme organised during the summer in various locations throughout the Municipality, e.g. the Skatepark, the beach volleyball courts, Independence Park, Riedgen Park, and the outdoor fitness trails in Independence Park and at the Fräiheetsbam. The activities were a great success, and they attracted numerous participants. The future sports coordinator would be tasked with building on this success and developing an even more varied programme for next year.

The Mayor also referred to the large Scout camp which had recently been organised in Strassen. Over a

thousand participants had attended the event. It had been calm and there had been no major incidents, thanks to the remarkable organisation of the Scout leaders and municipal teams. He praised the professionalism of the municipal staff, who were also heavily involved in the "Stroossefestival" and other summer events, helping to promote a positive and dynamic image of the municipality.

Councillor Tun Gierenz (CSV) also congratulated the municipal staff for their work during the Scout camp, which he described as exemplary. Regarding the drinking water issue, he believed that communication was generally effective, even if some residents felt that it lacked detail, particularly regarding the timing of the counter-analysis. In his view, it would have been useful to indicate from the outset that a new analysis had been planned for Monday, thus preventing confusion.

Councillor Daniel Thein (DP) agreed. He acknowledged the Council's responsiveness but pointed out that communication with the public may have seemed incomplete and sometimes clumsy. He said that some residents had not received any information for several days and they had wondered whether the problem had been resolved. He also mentioned a lack of signage at public fountains, particularly the one at the Skatepark, where children were still using the water on Sunday. In his view, care should be taken in future to clearly mark the water points concerned.

He also congratulated the organisers of the "Stroossefestival", which was a great success. He nevertheless noted that the concrete blocks used to secure the perimeter were poorly placed and were too far apart: they would not stop a vehicle from driving at high speed and ploughing into the crowd. He therefore suggested moving these safety blocks closer to each other at future events.

Councillor Nicolas Kandel (DP) enquired about an interview broadcast on Radio 100.7, in which there was mention of a possible centre for new arrivals in Strassen. The Mayor replied that this was not based on any concrete plans. No plot had been chosen and although the Municipality did not oppose such projects in principle, current regulations regarding the General Development Plan (PAG) would make any immediate

installation impossible. He concluded that “nothing was planned at this stage”.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) then drew the attention of the councillors to the state of the cycle path along the Reckenthal, behind the shooting range. While the slope was steep, it also appeared to be poorly maintained and therefore dangerous for cyclists. She asked the Municipality to look into the matter. She also raised a public transport issue: residents of central Strassen did not have any direct bus service to the CHL, Luxembourg’s hospital, as all routes passed via Route d’Arlon. The Mayor responded that the Bus@Stroossen service connected the centre to Route d’Arlon and invited residents to use that service, which had been specifically created for this purpose.

Councillor Paul Klensch (LSAP) then returned to the subject of water crisis management. He wanted to know how the Municipal Crisis Unit was organised and whether it was prepared to respond to other types of emergencies, such as major power failures or cyberattacks – a topical issue at the time of the meeting.

He mentioned the recent recommendations from SIGI, the Intermunicipal IT Management Association, who had asked the municipalities to check their IT backups. With regard to communication, he was disappointed that the municipal council was not directly and personally informed during the incident, unlike what had been done in the past (e.g. with the explosion of a gas cylinder at the school). In his opinion, elected representatives should have received a clear message to allow them to respond consistently to residents who contacted them.

He then raised the issue of Hoplr, the neighbourhood network used in Strassen, pointing out that there was a tacit agreement among elected representatives not to use it for political purposes. He noted that the Mayor had posted a message on Hoplr on his behalf and felt that it would have been better for that communication to go through the Municipality’s official account.

The Mayor admitted that he could have done things differently but explained that he had wanted to respond quickly. He promised that the communication policy would be clarified to avoid any ambiguity in the future.

Councillor Klensch concluded by congratulating the organisers of the “Stroossefestival”, which had taken place over two days and was a great success among the residents. He praised the quality of the programme, particularly the concerts on Friday evening, which were very popular with the public. However, he suggested a few adjustments for future editions: rethinking the timing of the official opening, providing a larger stage for major artists and better access regulation to the most popular shows, as the tent quickly reached its maximum capacity.

The Mayor shared this view and acknowledged that the structure was a little too small. He also emphasised the good work of the organising teams, in particular Alderwoman Betty Welter-Gaul, coordinator Greg Lamy and the entire Cultural Department.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then spoke about the decline of the Hoplr network, which she believed was increasingly inundated with complaints, criticism and photos of people moving around the neighbourhood. This tool was designed to strengthen neighbourhood solidarity but instead, it had become a space for suspicion and denunciation.

Alderwoman Anne Arend (CSV) replied that the platform was moderated and that inappropriate posts could be reported and then deleted. She did admit that some abuse persisted.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then asked that Council members be systematically informed of the responses sent by the College of Alderwomen when citizens sent letters addressed to all elected representatives. She believed that this would prevent councillors from appearing indifferent when they are questioned.

She also asked a question about the PackUp station initially planned near Pall Strassen. The Mayor explained that the project would not go ahead at that location due to its proximity to residential areas, but that a station would be installed near the Saint-Exupéry car park and another near Riedgen Park, which were more fit for purpose.

The Councillor also mentioned the constant mess around the Pall Centre, where Valorlux bags and rub-

bish were regularly left lying on the pavements. She considered the area to be “unworthy of being a showcase for the Municipality”. The Mayor acknowledged the problem and promised to discuss it with the offenders.

Finally, she returned to the “Tobacco-Free Generation” agreement that the Municipality had recently signed. She noted that many people continued to smoke in front of some bakeries and shops. The Mayor agreed with this observation and announced that he would contact the people concerned to improve the situation.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then drew attention to occurrences of speeding in the Pescher III and IV neighbourhoods. Many children walked or rode scooters in those areas, and some drivers drove very fast, especially when leaving the Pescher IV neighbourhood via Rue des Lavandes towards Route de Reckenthal. She was surprised that there had been no serious accidents yet. The Mayor replied that the only truly effective measure would be to install speed bumps there but added that this often lead to pushback from residents.

Councillor Anne Arend (CSV) reported that the Municipality has officially asked the Public Works Department to lower the speed limit to 50 km/h between Strassen and Reckenthal.

Councillor Daniel Thein (DP) mentioned an inconsistency in signage between Bridel and Steinsel, where the speed limit suddenly went from 70 km/h to 30 km/h.

He also mentioned an incident at the school: a homeless person had been seen sleeping under a shelter near the table tennis table, which had scared some children.

Councillor Anne Arend clarified that there was no real danger: the police had intervened immediately, safety instructions had been followed and an explanatory message had been sent to the parents of the children concerned. She added that the Municipality knew the man in question, that he was often seen in the area, posed no threat and regularly sought shelter from the rain.

The Mayor concluded the meeting by thanking all the councillors for their contributions and the municipal teams for their commitment. The meeting was adjourned at 4.55 p.m.



COMMUNE DE
Strassen

